



HESSEN



Bericht aus Brüssel

11/2023 vom 05.06.2023

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäisches Parlament.....	5
Ausschuss der Regionen.....	8
Wirtschaft.....	8
Verkehr.....	11
Energie.....	12
Digital.....	13
Forschung.....	14
Finanzdienstleistungen.....	16
Finanzen.....	17
Soziales.....	18
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	19
Umwelt.....	20
Landwirtschaft.....	23
Justiz.....	25
Inneres.....	27
Bildung und Kultur.....	28
Information, Kommunikation und Medien.....	29
EU-Förderprogramme.....	30
Veranstaltungen.....	30
Vorschau.....	33

Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Politischen Gemeinschaft

Für die zweite Tagung der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) kamen am 01.06.2023 45 Staats- und Regierungschefs aus ganz Europa in Bulboaca (Moldau) zusammen. Der Präsident des Europäischen Rates, die Präsidentin der Europäischen Kommission und der Präsident des EP nahmen ebenfalls an diesem Treffen teil. Das erste Treffen der EPG fand im Oktober 2022 statt. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und dessen Folgen hat auch diesen zweiten Gipfel der EPG bestimmt. Es fanden weiterhin Aussprachen und Diskussionen über die Themen gemeinsame Anstrengungen für Frieden und Sicherheit, Widerstandsfähigkeit im Energiebereich sowie Konnektivität und Mobilität in Europa, statt. Ziel der EPG ist die Förderung des politischen Dialogs und der Zusammenarbeit in Fragen von gemeinsamem Interesse sowie die Stärkung von Sicherheit, Stabilität und Wohlstand auf dem europäischen Kontinent. Die nächsten Treffen der EPG sollen in ESP (voraussichtlich im Oktober 2023 in Granada) und in GBR stattfinden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2023/06/01/>

Rat; Brexit; Beziehungen EU-GBR, Umsetzung des Windsor-Rahmens

Der Rat hat am 30.06.2023 drei Verordnungen zur Umsetzung des ‚Windsor-Rahmens‘ angenommen. Die Kommission und die Regierung von GBR hatten am 27.02.2023 eine grundsätzliche politische Einigung in Form eines „neuen Weges für das Protokoll IRL/Nordirland“ mit dem Titel Windsor-Rahmen erzielt. Mit diesen drei Verordnungen sollen nun die mit GBR vereinbarten Lösungen in den Bereichen öffentliche Gesundheit, Tiergesundheit und Pflanzengesundheit, Arzneimittel und bestimmte Stahlerzeugnisse umgesetzt werden. Die neuen Vorschriften sollen den Warenverkehr von Großbritannien nach Nordirland erheblich erleichtern, sofern diese Waren für den Endverbrauch bestimmt sind. Gleichzeitig sollen Schutzmaßnahmen eingeführt werden, um zu verhindern, dass für den Austausch zwischen Nordirland und GBR bestimmte Waren in den EU-Binnenmarkt gelangen und um den Schutz der öffentlichen Gesundheit, der Tiergesundheit und der Pflanzengesundheit sowie der Verbraucherinteressen in der EU zu gewährleisten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/05/30/eu-uk-relations-eu-takes-further-steps-to-implement-the-windsor-framework/>

Außen- und Verteidigungspolitik

Rat; Zivile Mission der EU in der Republik Moldau

Am 22.05.2023 startete im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) in der Republik Moldau die Partnerschaftsmission EUPM Moldova mit dem Ziel, die Widerstandsfähigkeit des Sicherheitssektors zu verbessern. Dabei sollen Krisenbewältigungsstrukturen verstärkt als auch Widerstandsfähigkeiten in den Bereichen hybride Bedrohungen und Cybersicherheit verbessert werden. Hierbei soll vor allem gegen Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland vorgegangen werden. Anstrengungen prorussischer Kräfte zur Destabilisierung der Republik Moldau haben seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine deutlich zugenommen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/05/22/moldova-eu-launches-civilian-mission-to-strengthen-the-resilience-of-the-security-sector-in-the-areas-of-crisis-management-and-counter-hybrid-threats/>

Rat; Stärkung zivile Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)

Am 22.05.2023 hat der Rat einen neuen Pakt für die zivile Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) beschlossen. Dieser soll ein zentrales Ergebnis des im März 2022 gebilligten Strategischen Kompasses darstellen. Der Pakt hat das Ziel, die zivilen Aspekte der GSVP auszubauen und Wirksamkeit, Flexibilität und Belastbarkeit der zivilen Missionen zu erhöhen. Dadurch sollen GSVP-Missionen effizienter auf gegenwärtige, entstehende und künftige sicherheitspolitische Herausforderungen reagieren können. Zusätzlich soll ermöglicht werden, dem derzeitigen geopolitischen Umfeld wirksamer zu begegnen. Durch jährliche Aussprachen auf Ministerebene soll die politische Sichtbarkeit der zivilen GSVP und das Bewusstsein für ihren Beitrag zur Sicherheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger erhöht werden. Ferner plant die EU, bei Bedarf innerhalb von 30 Tagen 200 zivile Experten auch in komplexe Umgebungen entsenden zu können. Der Pakt beinhaltet konkrete Verpflichtungen zur Stärkung des Hauptquartiers für zivile Missionen, zur Stärkung der Resilienz der Aufnahmeländer und zu den betreffenden Missionen. Der neue Pakt für die zivile GSVP knüpft an den ersten, bereits im November 2018 verabschiedeten Pakt an. Mit dem ersten Pakt hatte die EU ihre Kapazitäten zur Entsendung und Aufrechterhaltung ziviler Krisenbewältigungsmissionen gestärkt. Ziel ziviler Missionen ist die Stärkung der Polizei, der Rechtsstaatlichkeit und der zivilen Verwaltung in fragilen Situationen und Konfliktsituationen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/05/22/common-security-and-defence-policy-csdp-eu-strengthens-its-civilian-missions-to-better-respond-to-crises-around-the-world/>

Rat; Neue Projekte Ständige Strukturierte Zusammenarbeit und Teilnahme DNK

Am 23.05.2023 nahm der Rat einen Beschluss an, mit dem die Teilnahme von DNK an der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) bestätigt wird. In einem Referendum vom 01.06.2022 hatten sich die dänischen Wählerinnen und Wähler mehrheitlich für den Beitritt zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) ausgesprochen. Damit ist die seit 30 Jahren geltende Nichtbeteiligungsklausel von DNK in Bezug auf die europäische Verteidigungspolitik nicht mehr rechtskräftig. DNK ist somit nun an der Zusammenarbeit der EU im Bereich der Sicherheit und Verteidigung beteiligt und hat begonnen, seinen Beitrag zu den militärischen GSVP Missionen und Operationen der EU zu leisten. Parallel dazu ist DNK im März 2023 der Europäischen Verteidigungsagentur beigetreten. Der Rat hat zudem einen Beschluss zur Aktualisierung der Liste der SSZ-Projekte angenommen. Damit werden 11 neue Projekte zu der Liste der bestehenden Projekte hinzugefügt. Die in die Liste aufgenommenen neuen Projekte betreffen Themen wie Schulung und Ausbildung, landgestützte Systeme, See- und Luftsysteme, Cybersicherheit und die Ermöglichung gemeinsamer multipler Dienste.

https://www.eeas.europa.eu/eeas/denmark-statement-high-representative-outcome-referendum-opt-out-defence-matters_en

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/05/23/eu-defence-cooperation-council-welcomes-denmark-into-pesco-and-launches-the-5th-wave-of-new-pesco-projects/>

Kommission; Unterstützungspaket für die Republik Moldau

Am 01.06.2023 kündigte die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen ein umfangreiches Unterstützungspaket für die Republik Moldau an. Dieses soll das Land näher an die EU heranführen und dabei helfen, die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die Republik Moldau zu bewältigen. Das Paket besteht aus verschiedenen Initiativen. Diese umfassen unter anderem die Senkung von Roaming-Gebühren zwischen der EU und Moldau ab nächstem Jahr und eine zusätzliche wirtschaftliche Unterstützung der EU in Form von 1,6 Mrd. EUR. Durch eine weitere Initiative soll der moldauische Energiesektor unterstützt und es soll in erneuerbare Energien investiert werden, um etwa Wohngebäude energieeffizienter zu gestalten und schutzbedürftigen Menschen zu helfen. Auch soll die Sicherheit und Resilienz Moldaus durch eine Partnerschaftsmission gestärkt werden und strategische Beratung in Bezug auf Krisenbewältigung und hybride Bedrohungen zur Verfügung gestellt werden. Von der Leyen würdigte in dem Rahmen die bereits angeschobenen Reformen des Landes und teilte mit, dass die Zahl der Mitarbeiter der EU-Delegation erhöht werde, um die Entwicklung der Reformen sowie den Aufbau der erforderlichen Verwaltungskapazitäten zu unterstützen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_23_2995

E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

Ansprache georgische Präsidentin Salome Surabischwili

Am 31.05.2023 hielt die georgische Präsidentin Salome Surabischwili vor dem Plenum eine feierliche Ansprache. Präsidentin Surabischwili forderte „die Wiedervereinigung ihres Landes mit seiner europäischen Familie“ und dass Georgien bis Ende 2023 den Status eines EU-Kandidaten erhalten solle. Sie betonte, dass die europäische Zukunft Georgiens mit seiner europäischen Vergangenheit beginne, und erinnerte an den Preis, den das georgische Volk angesichts der russischen Aggression gezahlt habe. Präsidentin Surabischwili erklärte, die Verleihung des EU-Kandidatenstatus an Georgien würde den unermüdlichen Kampf des georgischen Volkes für seine europäische Identität anerkennen, dem mehrfach von Russland besetzten Georgien Schutz und Sicherheit bieten, zur Wahrung der Demokratie beitragen und die Rolle des Landes als pro-europäische Kraft im Kaukasus festigen. Zu den Empfehlungen, welche die EU Georgien für die Erlangung des Kandidatenstatus gegeben hat, erklärte sie: "Ihre Empfehlungen sind keine fremden Ideen, die uns aufgezwungen werden - wie es die sowjetische Ideologie war. Sie sind im Wesentlichen georgisch. Was Sie empfehlen, ist, dass Georgien die Überreste der totalitären Vergangenheit beseitigt und sich mit sich selbst und seinen europäischen Wurzeln wiedervereinigt". Präsidentin Surabischwili betonte auch, dass der EU-Kandidatenstatus den Fortschritt in einem Land festigen werde, das in letzter Zeit von politischer Polarisierung und demokratischen Rückschritten geprägt sei. „Wir sind zwar die Ersten, die unsere derzeitigen Unzulänglichkeiten verstehen, aber wir wollen nicht, dass diese unsere Errungenschaften überschatten“. Surabischwili beteuerte, „dass die Georgier „in den letzten 30 Jahren - das ist eine Generation! - durch grundlegende Reformen außerordentliche Fortschritte gemacht haben!“

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-05-31-ITM-003_DE.html

Europäisches Lieferkettengesetz

Das EP hat am 01.06.2023 im Rahmen des Berichts von MdEP Lara Wolters (S&D/NDL) mit einer Mehrheit von 366 – 225 – 38 seine Verhandlungsposition zum Lieferkettengesetz angenommen. Mit den neuen Vorschriften werden Unternehmen

gesetzlich verpflichtet, negative Auswirkungen ihrer Tätigkeiten auf die Menschenrechte und die Umwelt, wie Kinderarbeit, Sklaverei, Umweltverschmutzung oder Verlust der biologischen Vielfalt, zu ermitteln und erforderlichenfalls zu verhindern, zu beenden oder abzumildern (siehe Beitrag unter „Wirtschaft“).

HUN: Bewusste und systematische Bemühungen, die EU-Grundwerte zu untergraben
In einer am 01.06.2023 mit einer Mehrheit von 442 - 144 - 33 verabschiedeten Entschließung über die Lage der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte in Ungarn äußert das EP angesichts der bevorstehenden ungarischen EU-Ratspräsidentschaft 2024 ernsthafte Bedenken zu den Entwicklungen in Ungarn (siehe Beitrag unter „Justiz“).

Einflussnahme aus dem Ausland: EP drängt auf Schutz der Europawahl 2024

Das EP fordert im Rahmen des Berichts von MdEP Sandra Kalniete (EVP/LET) eine koordinierte Strategie, um die EU besser gegen ausländische Einmischung und Informationsmanipulation zu wappnen und die Europawahl 2024 zu schützen. Im Vorfeld der Europawahl im Juni 2024 seien vermehrte Einflussnahme aus dem Ausland, mehr Desinformation und zunehmende Angriffe auf die Demokratie zu erwarten, wobei die Vorgehensweisen ausgeklügelter werden dürften. Davor warnt der Sonderausschuss zu Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation, in dem vom Plenum mit einer Mehrheit von 469 - 71 - 75 verabschiedeten Bericht. Die MdEP gehen in dem Bericht unter anderem auf Beeinflussung auf Online-Plattformen, den Schutz kritischer Infrastruktur und strategisch wichtiger Bereiche sowie die Widerstandsfähigkeit gegenüber Cyberangriffen ein. Auch behandeln sie darin die Einflussnahme auf Wahlen und verdeckte Finanzierung politischer Aktivitäten. Im Mittelpunkt steht dabei insbesondere die Einmischung Russlands und Chinas in der EU und in Staaten, die der EU beitreten möchten – unter anderem die Westbalkanstaaten – sowie in Staaten im Globalen Süden. Die MdEP weisen auch darauf hin, dass es zu wirtschaftlicher Abhängigkeit, Spionage und Sabotage kommen könnte, wenn ausländische Unternehmen Einfluss auf kritische Infrastruktur in der EU bekommen. Chinesische Reedereien etwa hätten bereits mehrheitliche bzw. erhebliche Beteiligungen in über 20 europäischen Häfen erworben. Darüber hinaus empfiehlt das EP, TikTok auf allen Regierungsebenen in den Mitgliedstaaten sowie in den EU-Organen zu verbieten. Es fordert außerdem den Rat und die Kommission auf, die Verwendung von Geräten oder Software von Herstellern aus Hochrisikostaaaten – insbesondere aus China und Russland – auszuschließen. Das betrifft Unternehmen wie ByteDance, Huawei, ZTE, Kaspersky, NtechLab oder Nuctech.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0219_DE.html

Mehr Munition für die Ukraine: Gesetz zur Förderung der Munitionsproduktion

Das EP hat am 01.06.2023 mit einer Mehrheit von 446 - 67 - 112 einen Gesetzentwurf zur Steigerung der europäischen Produktion von Munition und Flugkörpern gebilligt. Das Gesetz zur Unterstützung der Herstellung von Munition (ASAP) zielt darauf ab, die Lieferung von Munition und Flugkörpern an die Ukraine zu beschleunigen und den Mitgliedstaaten dabei zu helfen, ihre Arsenale aufzustocken. Durch die Einführung gezielter Maßnahmen, einschließlich einer Finanzierung in Höhe von 500 Mio. EUR, soll das Gesetz die Produktionskapazität der EU erhöhen, um den derzeitigen Mangel an Verteidigungsprodukten zu beheben, insbesondere an Boden-Boden- und Artilleriemunition, Flugkörpern und deren Komponenten. Die Kommission wird die Verfügbarkeit dieser Verteidigungsprodukte, ihrer Komponenten und der entsprechenden Rohstoffe ermitteln, erfassen und kontinuierlich überwachen. Der Vorschlag legt Mechanismen, Grundsätze und vorläufige Regeln fest, um die

rechtzeitige und dauerhafte Verfügbarkeit dieser Verteidigungsgüter für ihre Käufer in der Europäischen Union zu gewährleisten. Die Kommission legte die ASAP-Vorschriften am 03.05.2023 vor, und die MdEP stimmten noch im selben Monat zu, das Dringlichkeitsverfahren des Parlaments einzuleiten, um die Verabschiedung des Gesetzes zu beschleunigen. Die MdEP werden nun Verhandlungen mit dem Rat aufnehmen, um eine politische Einigung zu erzielen, über welche die MdEP dann im Juli im Plenum abstimmen würden.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0208_DE.html

Besserer Schutz für hochwertige landwirtschaftliche Produkte

Am 01.06.2023 hat das EP mit einer Mehrheit von 603 - 18 - 8 seinen Standpunkt für die Verhandlungen über neue Regeln für geografische Angaben für landwirtschaftliche Erzeugnisse in der EU festgelegt (siehe Beitrag unter „Landwirtschaft“)

EU-Strategie für nachhaltige und kreislauffähige Textilien

Am 01.06.2023 hat das EP im Rahmen des Berichts von MdEP Delara Burkhardt (S&D/DEU) mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 600 - 17 - 16 Empfehlungen für die EU-Strategie für nachhaltige und kreislauffähige Textilien angenommen. In dem Text wird gefordert, dass in der EU verkaufte Textilerzeugnisse haltbarer, leichter wiederverwendbar, reparierbar und recycelbar sein sollen. Bei ihrer Herstellung sollen die Menschen-, Sozial- und Arbeitsrechte sowie der Umwelt- und Tierschutz in der gesamten Lieferkette beachtet werden. Die MdEP fordern außerdem Maßnahmen auf EU- und nationaler Ebene, um der "Fast Fashion" ein Ende zu setzen. Die MdEP fordern u.a. ein Verbot der Vernichtung von unverkauften und zurückgegebenen Textilien im Rahmen der anstehenden Überarbeitung der Ökodesign-Verordnung. Die MdEP fordern klare Regeln, um "Greenwashing" durch Hersteller zu unterbinden, z.B. durch die laufende Gesetzgebungsarbeit im Zusammenhang mit der Stärkung der Verbraucher bei der Umstellung auf umweltfreundliche Produkte und der Regulierung umweltbezogener Angaben. Die Abgeordneten fordern außerdem, dass bei der anstehenden Überarbeitung der Abfallrahmenrichtlinie gesonderte Ziele für die Vermeidung, Sammlung, Wiederverwendung und das Recycling von Textilabfällen festgelegt werden. Sie fordern die Kommission auf, die Initiative zur Vermeidung und Minimierung der Freisetzung von Mikroplastik und Mikrofasern in die Umwelt ohne weitere Verzögerung zu starten.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0215_DE.html

MeToo: MdEP fordern mehr Maßnahmen zur Bekämpfung sexueller Belästigung in der EU

Am 01.06.2023 verabschiedeten die MdEP den Bericht von MdEP Michal Šimečka (RN/SLO) mit einer Mehrheit von 468 -17 - 125. In dem Bericht bewerten die Abgeordneten die Maßnahmen, welche die EU-Institutionen und Mitgliedstaaten bisher zur Bekämpfung von sexueller Belästigung unternommen haben und fordern bessere Meldeverfahren und Unterstützung für die Opfer. Im Bericht wird hervorgehoben, dass Regierungen und Organisationen zwar Änderungen vorgenommen haben, um sexuelle Gewalt zu bekämpfen und die Opfer zu unterstützen, seit die MeToo-Bewegung im Jahr 2017 entstand. In einigen EU-Mitgliedstaaten seien aber nur geringe oder gar keine Fortschritte zu verzeichnen. Das EP fordert die Mitgliedstaaten dazu auf, proaktiv Rechtsvorschriften und Maßnahmen zur Bekämpfung von sexueller Gewalt und Belästigung einzuführen. Diese sind derzeit aber nicht auf EU-Ebene definiert und kriminalisiert, was bedeutet, dass die Betroffenen in den verschiedenen Mitgliedstaaten nicht die gleichen Rechte haben. Die MdEP fordern einen gemeinsamen EU-Ansatz und wiederholen ihre Forderung,

dass die EU geschlechtsspezifische Gewalt als neuen Straftatbestand definiert und sexuelle Belästigung als Straftatbestand einführt.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0217_DE.html

Ausschuss der Regionen

AdR; 155. AdR-Plenarsitzung

Am 24./25.05.2023 fand das 155. AdR-Plenum statt. Für Hessen nahm Staatssekretär Uwe Becker an der Sitzung teil. Es wurden folgende Stellungnahmen und Entschlüsse verabschiedet: „Krisenvorsorge und Krisenbewältigung: die Resilienz der Union und ihrer Regionen und Städte stärken“, „Bericht über die Interoperabilität des öffentlichen Sektors in der Union“, „Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens: der Standpunkt der regionalen und lokalen Ebene“, „Vollständige Beseitigung von Langzeitarbeitslosigkeit: Die lokale und regionale Perspektive“, „Rechtsrahmen für nachhaltige Lebensmittelsysteme“. Darüber hinaus fanden mit Helena Dalli, Kommissarin für Gleichheitspolitik sowie mit Janez Lenarčič, Kommissar für Krisenmanagement Aussprachen statt.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2191175&meetingSessionId=2239726>

AdR; NAT-Fachkommissionssitzung

Am 01./02.06.2023 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission NAT für Natürliche Ressourcen statt. Dabei fand eine Abstimmung über den Entwurf einer Stellungnahme zum Thema „Verbraucherschutzpaket“ statt. Darüber hinaus fand ein Meinungsaustausch zu folgenden Arbeitsdokumenten statt: „Risikomanagement und Marktregulierung: „Instrumente zur Stärkung der Nachhaltigkeit der europäischen Landwirtschaft“ sowie „die Gemeinsame Fischereipolitik vor Ort: für nachhaltige und widerstandsfähige Küstengemeinden in der EU“.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2198926&meetingSessionId=2249602>

Wirtschaft

Rat; Gedankenaustausch zur Wettbewerbsfähigkeit der EU

Der Wettbewerbsfähigkeitsrat (Binnenmarkt und Industrie) erörterte am 22.05.2023 im Zusammenhang mit der Wettbewerbsfähigkeit Europas die Netto-Null-Industrie-Verordnung, das 30-jährige Bestehen des Binnenmarkts, das Gesetz zu kritischen Rohstoffen und die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der EU. Dabei hatten die zuständigen Ministerinnen und Minister Gelegenheit, sich eingehend mit den Vorstellungen der Mitgliedstaaten zu dem wichtigen Paket zur Wettbewerbsfähigkeit, das die Kommission am 16.03.2023 (vgl. BaB 06/2023) vorgelegt hatte, vertraut zu machen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/compet/2023/05/22-23/>

Rat; Annahme der Verordnung über Maschinenprodukte

Der Wettbewerbsfähigkeitsrat (Binnenmarkt und Industrie) hat am 22.05.2023 die neue Verordnung über Maschinenprodukte formal verabschiedet. Durch diesen Rechtsakt wird die Maschinenrichtlinie von 2006 aktualisiert und in eine Verordnung umgewandelt. Die Verordnung bezweckt, grundlegende Anforderungen an Sicherheit und Gesundheitsschutz für Maschinen in der EU zu harmonisieren, den freien Verkehr

von Maschinen zu erleichtern und ein hohes Maß an Sicherheit für Arbeitskräfte und Bürger in der EU zu gewährleisten. Die Verordnung tritt am 20. Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft. Den Mitgliedstaaten und Wirtschaftsakteuren wird ein Zeitraum von 42 Monaten eingeräumt, bevor die Vorschriften der neuen Verordnung zur Anwendung kommen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/05/22/new-rules-for-machinery-council-gives-its-final-approval/>

EuG; Genehmigung der Kommission für Beihilfemaßnahmen für italienische Luftfahrtunternehmen nichtig

Mit Urteil vom 24.05.2023 erklärte das EuG in der Rechtssache T-268/21 den Beschluss der Kommission für nichtig, mit dem diese eine Beihilfemaßnahme für Subventionen genehmigte, die ITL italienischen Luftfahrtunternehmen im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie gewährt hat. Diese Beihilfemaßnahme bestand aus Subventionen, die über einen mit 130 Mio. EUR ausgestatteten Entschädigungsfonds verschiedenen Luftfahrtunternehmen mit italienischer Betriebsgenehmigung gewährt wurden. Das mit einer Nichtigkeitsklage der Fluggesellschaft Ryanair befasste EuG erklärte diesen Beschluss wegen Verstoßes gegen die in Art. 296 AEUV vorgesehene Begründungspflicht für nichtig.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-268/21>

Rat; Aussprache über Handelsbeziehungen zu den USA

Am 25.05.2023 zog der Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Handel) Bilanz über die Handelsbeziehungen zwischen der EU und den USA. Im Mittelpunkt stand die kommende Tagung des EU-US-Handels- und Technologierats in SWE. Der Rat forderte, dass den sog. US-amerikanischen „Section 232-Zöllen“ auf Stahl und Aluminium ein Ende gesetzt wird. Weitere Forderungen betrafen die diskriminierenden Elemente des amerikanischen Inflationssenkungsgesetzes („Inflation Reduction Act“, - IRA) und ein Abkommen über kritische Mineralien. Als Priorität setzte sich der Rat ferner für die Fortsetzung der Arbeit an einer globalen Vereinbarung über nachhaltigen Stahl und nachhaltiges Aluminium ein.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2023/05/25/>

Rat; Aussprache über die Handelsbeziehungen zwischen der EU und China

Am 25.05.2023 führte der Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Handel) eine Diskussion über die Handelsbeziehungen zwischen der EU und China. Im Fokus der strategischen Debatte standen bestehende und potenzielle kritische Handelsabhängigkeiten von China sowie die Maßnahmen zur Bewältigung dieser Risiken. Es wurde erörtert, wie die Handels- und Investitionsbeziehungen zu China durch entsprechendes Engagement besser ausbalanciert und auf EU-Ebene unterstützt werden könnten. Die Kommission betonte in Anbetracht der aktuellen Dynamik der chinesischen Politik die Wichtigkeit des Abbaus wirtschaftlicher Risiken, einschließlich der Steigerung der Wettbewerbs- und Widerstandsfähigkeit der europäischen Wirtschaft und Industrie, der effektiveren Nutzung bestehender Handelsinstrumente der EU sowie der Entwicklung neuer Abwehrinstrumente für bestimmte kritische Sektoren. Des Weiteren informierte die Kommission über die Vorbereitungen für einen hochrangigen Dialog über Wirtschaft und Handel zwischen der EU und China.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2023/05/25/>

Rat; Kommission; bilaterale Handelsverhandlungen mit Drittstaaten

Am 25.05.2023 informierte die Kommission den Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Handel) über den aktuellen Stand der laufenden bilateralen Handelsverhandlungen

mit bestimmten Drittstaaten. Exekutiv-Vizepräsident Valdis Dombrovskis teilte mit, dass das Ziel bei den Handelsverhandlungen mit Australien sei, bis Mitte Juli eine Einigung zu erzielen. Er erwähnte auch die laufenden Verhandlungen mit Indien, Indonesien und Kenia (wobei letztere sich in der Abschlussphase befänden), sowie die Verhandlungen mit den Ländern des östlichen und südlichen Afrikas. Ferner informierte die Kommission den Rat über die jüngsten Entwicklungen in den Verhandlungen zwischen der EU und dem Mercosur (regionaler Zusammenschluss der fünf südamerikanischen Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay und Venezuela) über ein „zusätzliches Rechtsinstrument“ mit dem Schwerpunkt Nachhaltigkeit und Klimawandel.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2023/05/25/>

Rat; Verlängerung von Liberalisierung des Handels mit der Ukraine

Der Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Handel) hat am 25.05.2023 eine Verordnung verabschiedet, welche die Aussetzung aller Zölle, Kontingente und handelspolitischen Schutzmaßnahmen für ukrainische Exporte in die EU um ein weiteres Jahr, bis Juni 2024, verlängert. Die EU signalisiert damit erneut ihre politische und wirtschaftliche Unterstützung für die Ukraine angesichts der fortlaufenden militärischen Aggression Russlands. Die Aussetzung der Zölle gilt für Obst und Gemüse, das der Einfuhrpreisregelung unterliegt, sowie für landwirtschaftliche (Verarbeitungs-) Erzeugnisse, für die Zollkontingente gelten. Industriegüter unterliegen seit dem 01.01.2023 im Rahmen des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine keinen Zöllen mehr und sind daher nicht in der Verordnung enthalten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/05/25/ukraine-council-adopts-renewal-of-temporary-trade-liberalisation-and-other-trade-concessions/>

EUROSTAT; Handel zwischen der EU und Russland erreicht Überschuss von 0,2 Mrd. EUR

Der Handel der EU mit Russland ist seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine stark beeinträchtigt, die EU verhängte für mehrere Produkte Einfuhr- und Ausfuhrbeschränkungen. Aus einem EUROSTAT-Bericht vom 31.05.2023 geht hervor, dass sowohl die Exporte als auch die Importe unter das Niveau vor dem Einmarsch Russlands in die Ukraine fielen. Der Anteil Russlands an den Exporten der EU in Drittstaaten sank von 4,0% im Februar 2022 auf 1,8% im März 2023. Im gleichen Zeitraum verringerte sich der Anteil der Einfuhren aus Russland von 9,5% auf 1,9%. Das Handelsdefizit der EU mit Russland, das im März 2022 einen Höchststand von 18,4 Mrd. EUR erreichte, verringerte sich im Dezember 2022 auf 6,1 Mrd. EUR und verwandelte sich im März 2023 in einen kleinen Überschuss von 0,2 Mrd. EUR.

<https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/w/ddn-20230531-1#:~:text=The%20EU%27s%20trade%20deficit%20with,2023%20at%20%E2%82%AC0.2%20billion>

EUROSTAT; Die USA bleiben wichtigster ausländischer Investitionspartner

Laut EUROSTAT vom 31.05.2023 belief sich der Gesamtwert im Jahr 2021 für die 11 EU-Länder, die ausländische Direktinvestitionen (ADI) nach Investitionsländern melden, auf 3.052 Mrd. EUR. Die höchsten Investitionen kamen aus den USA, die 405 Mrd. EUR (13,3% des Gesamtvolumens) investierten und damit ihre Spitzenreiterposition aus dem Jahr 2020 behielten. An zweithöchster Stelle investierte DEU mit 330 Mrd. EUR (10,8%), gefolgt von FRA mit 315 Mrd. EUR (10,3%), (GBR) mit 274 Mrd. EUR (9,0%) und der Schweiz mit 178 Mrd. EUR (5,8%). Die meisten ADI flossen nach LUX mit 504 Mrd. EUR, gefolgt von NDG (446 Mrd. EUR), DEU (275 Mrd. EUR), GBR (264 Mrd. EUR) und FRA (196 Mrd. EUR).

EP; Abstimmung EU-Lieferkettengesetz

Das EP hat am 01.06.2023 die Verhandlungsposition des EP hinsichtlich des EU-Lieferkettengesetzes (Corporate Sustainability Due Diligence Directive - CSDDD) mit 366 zu 225 Stimmen bei 38 Enthaltungen verabschiedet. Das EU-Lieferkettengesetz soll Unternehmen in der EU bestimmte Sorgfaltspflichten auferlegen, um negative Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit auf die Menschenrechte und Umwelt in ihren Wertschöpfungsketten innerhalb und außerhalb Europas zu vermeiden. Im Vergleich zu dem Vorschlag der Kommission vom 23.02.2022 einigte sich das EP u.a. auf einen größeren Anwendungsbereich, die Richtlinie soll für in der EU ansässige Unternehmen, unabhängig von ihrer Branche, einschließlich Finanzdienstleistungen, mit mehr als 250 Beschäftigten und einem weltweiten Umsatz von über 40 Mio. EUR sowie für Muttergesellschaften mit mehr als 500 Beschäftigten und einem weltweiten Umsatz von über 150 Mio. EUR gelten. Nicht-EU-Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 150 Mio. EUR, wenn mindestens 40 Mio. in der EU erwirtschaftet wurden, werden ebenfalls einbezogen. Nach dem verabschiedeten Text sollen die neuen Verpflichtungen je nach Größe des Unternehmens nach 3 oder 4 Jahren gelten. Kleinere Unternehmen können die Anwendung der neuen Vorschriften um ein weiteres Jahr verschieben. Ferner sieht der Text des EP konkrete Sanktionen bei Nichteinhaltung der Sorgfaltspflichten, wie die namentliche Anprangerung, die Rücknahme der Waren eines Unternehmens vom Markt oder Geldstrafen von mindestens 5% des weltweiten Nettoumsatzes, vor. Nicht-EU-Unternehmen, die sich nicht an die Regeln halten, werden dann von der öffentlichen Auftragsvergabe in der EU ausgeschlossen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230524IPR91907/lieferketten-unternehmen-sollen-menschenrechte-und-umweltnormen-berucksichtigen>

Kommission; Konsultation; Geistiges Eigentum

Vom 17.05.2023 bis zum 17.07.2023 führt die Kommission eine Konsultation zum Thema Zwangslizenzierung von Patenten durch. Derzeit wird der Rahmen für die Zwangslizenzierung von Patenten in der EU von den EU-Staaten durch unterschiedliche, fragmentierte Verfahren geregelt und umgesetzt. Dadurch sei der Rahmen nicht effizient genug, um EU-weite Krisen zu bewältigen. Außerdem soll die Effizienz des derzeitigen EU-Verfahrens für die Zwangslizenzierung von Patenten für die Ausfuhr in Staaten mit Problemen im Bereich der öffentlichen Gesundheit geprüft werden. Ziel ist die Überarbeitung des Rahmens, damit dieser angemessen vorbereitet und koordiniert ist, um künftige Krisen zu bewältigen.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13357-Geistiges-Eigentum-uberarbeiteter-Rahmen-fur-Zwangslizenzierung-von-Patenten_de

V e r k e h r

Rat; Forderung nach europäischem Weltraumverkehrsmanagementkonzept

Der Wettbewerbsfähigkeitsrat (Raumfahrt) hat am 23.05.2023 Ratsschlussfolgerungen zum Thema „Gerechte und nachhaltige Nutzung des Weltraums“ angenommen. Die Schlussfolgerungen enthalten insbesondere die Forderung nach einem europäischen Konzept für das Weltraumverkehrsmanagement. Dies sei nötig, da die Umlaufbahnen zunehmend mit Weltraumobjekten überlastet

seien, sodass die künftige Entwicklung von Weltraumaktivitäten riskanter und komplexer werde.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8962-2023-INIT/de/pdf>

Rat; Gedankenaustausch zur EU-Weltraumpolitik in einer neuen geopolitischen Landschaft

Der Wettbewerbsfähigkeitsrat (Raumfahrt) führte am 23.05.2023 eine Orientierungsaussprache zur „EU-Weltraumpolitik in einer neuen geopolitischen Landschaft“. Die Ministerinnen und Minister erörterten den Einfluss der EU-Weltraumstrategie für Sicherheit und Verteidigung auf die Durchführung der laufenden Weltraumprogramme und die Synergien, die unter Wahrung der politischen Ziele der Weltraumprogramme erzielt werden könnten. Grundsätzlich solle es bei der primär zivilrechtlichen Nutzung des Weltraums bleiben. Es solle jedoch die Möglichkeiten ausgebaut werden diese zivilen Systeme im Bedarfsfall zumindest auch militärisch nutzen zu können.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/compet/2023/05/22-23/>

Rat; Debatte über Führerscheinrichtlinie und Austauschrichtlinie hinsichtlich den Straßenverkehr gefährdende Verkehrsdelikte

Der Rat für „Verkehr, Telekommunikation und Energie“ (Verkehr) führte am 01.06.2023 eine Orientierungsaussprache über den Vorschlag der Kommission für eine überarbeitete Richtlinie über den Führerschein. Der Rat diskutierte u.a. über die Frage, ob der Kommissionsvorschlag die richtigen Elemente in Bezug auf die Digitalisierung und die Anpassung an die technologische Entwicklung enthält. In der Aussprache wurden auch bewährte Praktiken der einzelnen Mitgliedstaaten vorgestellt. Zudem erörterte der Rat einen Fortschrittsbericht der SWE-Ratspräsidentschaft über die Verhandlungen zum Vorschlag der Kommission für eine überarbeitete Richtlinie zur Erleichterung des grenzüberschreitenden Austauschs von Informationen über die Straßenverkehrssicherheit gefährdende Verkehrsdelikte. Die Minister und Ministerinnen waren sich einig, dass dieser Vorschlag ein hilfreiches Instrument zur Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit ist, da sie den zuständigen Behörden hilft, Personen zu ermitteln, die für grenzüberschreitende Verkehrsdelikte verantwortlich sind. Der SWE-Ratsvorsitz informierte zudem über den Stand der Arbeiten an den Verkehrskomponenten des Pakets "Fit for 55".

<https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/tte/2023/06/01/>

E n e r g i e

Kommission; Quartalsbericht bestätigt Stabilisierung der Gas- und Strommärkte bis Ende 2022

Die Quartalsberichte der Kommission zu den Gas- und Strommärkten für das vierte Quartal 2022, welche am 17.05.2023 veröffentlicht wurden, zeigen, dass sich die Märkte nach der Energiekrise wieder normalisiert haben. Die Gaspreise gingen von den Rekordhöhen im letzten Sommer zurück, blieben jedoch historisch hoch. Maßnahmen der EU zur Bekämpfung der Energiekrise führten zu spürbaren Verbesserungen, darunter Rekordwerte bei der Gasspeicherung, eine Reduzierung der europäischen Gasnachfrage und robuste LNG (Flüssiggas) - Importe. Im vierten Quartal sanken die Großhandels- und Einzelhandelspreise für Gas und auch der Verbrauch von Gas in der EU ging um 21% zurück, während die erneuerbare Energieerzeugung zunahm. Bei der Stromversorgung stabilisierten sich die russischen Gasimporte nach dem Nord-Stream-Abbruch im dritten Quartal auf einem niedrigeren

Niveau. Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung stieg auf 39%, während fossile Brennstoffe einen Anteil von 38% hatten. Die Preise für Großhandelselektrizität erreichten 2022 Rekordhöhen, gingen jedoch im vierten Quartal leicht zurück. Der Strommarkt ist vom Ausbau der erneuerbaren Energien und der gestiegenen Nachfrage nach Elektrofahrzeugen geprägt.

https://energy.ec.europa.eu/news/quarterly-reports-confirm-stabilising-gas-and-electricity-markets-end-2022-2023-05-17_en

Kommission; Energiedialog der EU mit der Republik Moldau

Die Kommission hat am 23.05.2023 ihre anhaltende Unterstützung für den moldauischen Energiesektor und die Integration des Landes in den EU-Energiemarkt bekundet. Während des hochrangigen Energiedialogs zwischen der EU und Moldau wurde über die Beschleunigung der Integration der Republik Moldau, die Gewährleistung der Energiesicherheit und die Bereitstellung technischer und finanzieller Unterstützung gesprochen. Weitere Themen des Treffens waren die Wintervorbereitung der Republik, Reformen zur Angleichung an europäische Energiegesetze und die verfügbare finanzielle Unterstützung durch die EU. Die Rolle der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz, insbesondere in Wohngebäuden, wurde hervorgehoben. Die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung informierten über ihre Finanzierungsinstrumente.

https://energy.ec.europa.eu/news/eu-moldova-energy-dialogue-reaffirms-close-cooperation-2023-05-23_en

Digital

EuG; Auskunftersuchen der Kommission gegenüber Meta Platforms Ireland

Das Gericht der Union (EuG) hat am 24.05.2023 mit Urteilen in den Rechtssachen T-451/20 und T-452/20 Klagen von Meta Platforms Ireland (Facebook-Konzern) gegen eine Aufforderung der Kommission zur Übermittlung von Dokumenten, die anhand von Suchbegriffen zu identifizieren sind, vollumfänglich abgewiesen. Meta Platforms Ireland hatte gegen diese Auskunftsverlangen, die im Rahmen wettbewerbsrechtlicher Untersuchungen ergangen sind, Nichtigkeitsklage beim EuG erhoben. Die zwei Auskunftsverlangen der Kommission vom 04.05.2020 beziehen sich auf den Facebook Marketplace bzw. die datenbezogenen Praktiken von Facebook und waren mit einem potenziellen täglichen Zwangsgeld in Höhe von 8 Mio. EUR für den Fall der Nichtbeachtung verbunden. Das EuG führt aus, dass Meta Platforms Ireland nicht habe nachweisen können, dass die Aufforderung zur Übermittlung von Dokumenten, die anhand von Suchbegriffen zu identifizieren sind, über das Erforderliche hinausging, und dass der Schutz sensibler personenbezogener Daten nicht hinreichend gewährleistet wurde. Das EuG weist in der Urteilsbegründung darauf hin, dass die Verordnung Nr. 1/2003 der Kommission weite Ermittlungsbefugnisse einräumt, und die Voraussetzung der Erforderlichkeit erfüllt ist, wenn die Kommission zum Zeitpunkt des Auskunftsverlangens vernünftigerweise annehmen kann, dass die Auskünfte ihr dabei helfen können, einen Verstoß gegen die EU-Wettbewerbsregeln festzustellen.

<http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=T-451/20>

<http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=T-452/20>

Forschung

Kommission; Horizont Europa; Expertenaufruf; Evaluation von Horizont Europa

Am 15.05.2023 hat die Kommission einen Aufruf zu Bewerbungen veröffentlicht, der sich an Expertinnen und Experten aus der Forschungscommunity richtet. Konkret soll alsbald eine Expertengruppe zur Evaluation von Horizont Europa eingerichtet werden. Die mit dem Forschungsrahmenprogramm rekrutierten Expertinnen und Experten sollen für die Kommission eine wichtige Zwischenbilanz zum bisherigen Erfolg von Horizont Europa ziehen. In einem Abschlussbericht sollen insbesondere auch Empfehlungen zur Gestaltung des zukünftigen Forschungsrahmenprogramms formuliert werden. Die Expertengruppe soll aus bis zu 15 ausgewählten Mitgliedern bestehen, die persönlich durch den Generaldirektor für Forschung und Innovation, Marc Lemaître, ausgewählt werden. Auswahlkriterien sind u.a. „nachgewiesene und einschlägige Kompetenz und Erfahrung, auch auf europäischer und/oder internationaler Ebene, in Bereichen, die für die Konzeption, Durchführung und Bewertung von Forschungs- und Innovationsprogrammen relevant sind“. Außerdem werden Fachwissen in mindestens einem für eine Komponente von Horizont Europa relevanten Bereich gefordert. Bewerbungsschluss ist der 20.06.2023.

<https://ec.europa.eu/transparency/expert-groups-register/screen/expert-groups/consult?lang=en&groupID=3906&fromCallsApplication=true>

Kommission; Analyse Strategischer Plan; Horizont Europa

Am 25.05.2023 hat die Kommission eine Analyse mit Blick auf den neu vorgesehenen Strategischen Plan für das Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa verabschiedet, der für die Jahre 2025 bis 2027 gelten soll. Das Dokument soll als Grundlage für die Vorbereitung der letzten beiden Jahre des Rahmenprogramms gelten. Die Analyse zeigt auf, dass Forschung und Innovation (F&I) weiterhin eine zentrale Rolle innehaben, um Resilienz, Sicherheit und Krisenreaktion der EU zu festigen und nachhaltige Lösungen für die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen der EU zu entwickeln. Die EU ist laut der Analyse ein „wissenschaftliches Kraftzentrum“ und die Innovationsleistung der EU habe sich in den letzten sieben Jahren insgesamt verbessert. Dies gelte, obwohl die EU in Bezug auf die wissenschaftliche Exzellenz (d. h. den weltweiten Anteil an den 1 % der meistzitierten wissenschaftlichen Veröffentlichungen) und die Forschungs- und Entwicklungsausgaben als Prozentsatz des BIP hinter China und den USA liegt. In dem Dokument hält die Kommission fest, dass die EU beim digitalen Wandel hinter China und den USA zurückbleibt, beim grünen Wandel (green transition) jedoch zu den weltweit führenden Akteuren gehört. Allerdings seien auch in der Zukunft erhebliche F&I-Investitionen notwendig, um den Europäischen Green Deal zu verwirklichen und die „offene strategische Autonomie“ der EU zu bewahren.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/news/all-research-and-innovation-news/horizon-europe-strategic-plan-2025-2027-analysis-now-public-2023-05-25_en

Kommission; Ausschreibungen zur Innovation in europäischen Regionen

Die Kommission hat am 17.05.2023 den Start mehrerer Ausschreibungen zum Thema European Innovation Valleys veröffentlicht. Dazu werden insgesamt 122 Mio. EUR bereitgestellt, einerseits aus dem Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa als andererseits auch aus dem Strukturfonds EFRE. Gemeinsam mit Partnern aus dem privaten Sektor sollen über Horizont Europa (Förderlinie European Innovation Ecosystems) Projekte über drei bis fünf Jahre durchgeführt werden. Dazu stehen 60 Mio. EUR zur Verfügung. Die Kommission plant, insgesamt sechs Projekte zu fördern.

Voraussetzung ist, dass mindestens fünf regionale oder nationale Behörden aus mindestens fünf unterschiedlichen Mitgliedstaaten oder assoziierten Staaten als Empfänger teilnehmen. Die zweiten Ausschreibungen adressieren im Rahmen des EFRE-Fonds (Programm I3) den privaten Sektor direkt und soll diesen beratend und finanziell unterstützen. Im Fokus stehen Investitionen in KMUs entlang europäischer Wertschöpfungsketten. Pro Projekt sind als Förderhöhe 2 bis 10 Mio. EUR anvisiert. Einreichungsschluss ist der 17.10.2023.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/news/all-research-and-innovation-news/commission-launched-eu122-million-calls-proposals-close-innovation-gaps-eu-and-strengthen-innovation-2023-05-17_en

Rat; Forschung; Open Science; frei verfügbare Publikationen

Am 23.05.2023 hat der Rat für Wettbewerbsfähigkeit in der Formation Forschung unter schwedischem Vorsitz getagt und Schlussfolgerungen zum Thema allgemein zugängliche wissenschaftliche Publikationen im Kontext des Prinzips der Offenen Wissenschaft (Open Science) verabschiedet. Kritisiert wurde von den Ratsdelegationen, dass der Zugriff auf Publikationen häufig nur kostenpflichtig bereitsteht. Die Kosten für Bezahlschranken beim Zugang zu wissenschaftlichen Artikeln und zum wissenschaftlichen Publizieren werden laut den Ratsdelegationen untragbar, und die Publikationskanäle für Forschende befinden sich häufig in den Händen privater Unternehmen, die nicht selten die Kontrolle über die Rechte des geistigen Eigentums an den Artikeln übernehmen. Daher richtet der Rat einen Appell an die Mitgliedstaaten sowie an die Kommission, dahingehend tätig zu werden, dass der kostenfreie Zugriff für alle Interessierten gewährleistet werden kann. Dies betrifft insbesondere durch die öffentliche Hand finanzierte Institutionen. Außerdem ruft der Rat die Kommission und die Mitgliedstaaten dazu auf, auf einen öffentlich zugänglichen Publikationsdienst hinzuwirken. Der Rat schlägt zudem vor, dass das sog. Open-Science-Monitoring in den Überwachungsmechanismus des Europäischen Forschungsraums (ERA) integriert werden könnte.

<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2023/05/23/council-calls-for-transparent-equitable-and-open-access-to-scholarly-publications/>

Kommission; Horizont Europa; Doktoranden-Netzwerke

Die Kommission hat am 30.05.2023 den Start von Ausschreibungen für die Förderung von Doktoranden-Netzwerken im Rahmen der Marie-Sklodowska-Curie Maßnahmen (MSCA) unter Horizont Europa bekannt gegeben. Somit soll die Finanzierung von 130 Promotionen aller wissenschaftlicher Bereiche sowie die Ausbildung und Qualifizierung von 1.600 Doktorandinnen und Doktoranden ermöglicht werden. Das Budget umfasst 434,8 Mio. EUR. Mit den MSCA-Maßnahmen fördert die EU Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler über die Mobilitätsförderung und ermutigt sie so, länder- und sektorübergreifend zu arbeiten und eine internationale Karriere anzustreben. Europa soll dadurch als Forschungsstandort gestärkt werden. Ziel der Netzwerke ist die Erweiterung der wissenschaftlichen und allgemeinen Kompetenzen der Doktoranden eines exzellenten internationalen, interdisziplinären und intersektoralen Forschungs- und Ausbildungsprogramms. Wichtig ist hierbei die Beteiligung von Einrichtungen sowohl aus dem akademischen als auch aus dem nicht-akademischen Sektor. Bewerbungsschluss ist der 28.11.2023.

<https://marie-sklodowska-curie-actions.ec.europa.eu/news/opening-of-doctoral-networks-2023-call>

Rat; Forschung; Wissenssicherheit; verantwortliche Internationalisierung

Am 23.05.2023 hat sich der Rat für Wettbewerbsfähigkeit in der Formation Forschung auf Initiative der schwedischen Ratspräsidentschaft mit dem Thema Wissenssicherheit

befasst. Der Ratsvorsitz hält in einem Vermerk des Vorsitzes fest, dass in einer zunehmend unsicheren und polarisierten Welt neue geopolitische Spannungen und Herausforderungen entstehen und die internationale Forschungszusammenarbeit Gefahr läuft, von ausländischen Kräften in unfaierer Weise ausgenutzt und in deren Interesse beeinflusst zu werden. Bei der Internationalisierung der Forschung müsse daher eine strenge Forschungsethik zugrunde gelegt werden, die auch die Integrität der Forschung und Verantwortung umfasst. Forschende und die Verwaltungen von Hochschuleinrichtungen müssten die Herausforderungen und Chancen bei der internationalen Zusammenarbeit entsprechend beurteilen. Beispiele dafür, wie die Forschungsgemeinschaft einem Verdacht von „versteckten Absichten“ und der Angst davor begegnen kann, seien ein Mehr an Transparenz, Sensibilisierung für größere geopolitische Spannungen, ein solides Risikomanagement, bei dem die gebotene Sorgfalt und Maßnahmen für den Aufbau von Beziehungen miteinander in Einklang gebracht werden, sowie Schulungen in Bezug auf eine verantwortungsvolle Internationalisierung.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8824-2023-REV-1/de/pdf>

Horizont Europa; Antimikrobielle Resistenzen; Partnerschaft One Health AMR

Im Rahmen der bis 2025 entstehenden neuen öffentlich-privaten Partnerschaft „One Health AMR“ zum Thema Antimikrobielle Resistenzen hat die Kommission am 22.05.2023 einen ersten Entwurf der Strategischen Forschungs- und Innovationsagenda (Strategic Research and Innovation Agenda, SRIA) veröffentlicht. Aus diesem werden Förderausschreibungen hervorgehen. Die Partnerschaft wird über das Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa durchgeführt und kofinanziert. Ziel der Partnerschaft ist es, Fortschritte im Bereich der Forschung auf dem Gebiet der antimikrobiellen Resistenz zu erzielen und innovative Lösungen zu eruieren. Die Forschungsziele sind in fünf Bereiche unterteilt: Therapeutika, Diagnostika, Überwachung, Übertragung und Entwicklung sowie Interventionen zur Prävention und Eindämmung.

<https://www.jpamr.eu/sria-of-the-european-partnership-on-one-health-amr/>

Finanzdienstleistungen

Kommission; Vorschläge für Retail Investment Package vorgelegt

Am 24.05.2023 hat die Kommission das Paket von Legislativvorschlägen zum Vertrieb von Finanzprodukten im Privatanlegerbereich vorgelegt. Das Legislativpaket ist Ergebnis der im Gesamtzusammenhang der Kapitalmarktunion (Capital Markets Union, CMU) stehenden sog. Retail Investment Strategie. Durch Regeln zur Kostentransparenz, klare Vorgaben für standardisierte Produktinformationen, eine Haftung für missbräuchliche Informationsweiterverbreitung über soziale Medien, strengere Regeln für Berater und eine Begrenzung von Vertriebsanreizen soll sichergestellt werden, dass Privatanleger sach- und interessengerechte Investitionsentscheidungen treffen können und angemessen am wirtschaftlichen Ertrag der Investitionen teilhaben. Ein solchermaßen verstärktes Anlegervertrauen soll die Teilnahme am Kapitalmarkt fördern und damit nicht zuletzt die Transformationsfinanzierung erleichtern. Das Paket beinhaltet Änderungen in der Finanzmarktrichtlinie (Markets in Financial Instruments Directive, MiFID-Richtlinie), der Versicherungsvertriebsrichtlinie (Insurance Distribution Directive, IDD), der Solvency-II-Richtlinie, der Alternative-Investment-Fund-Manager-(AIFM)-Richtlinie und der Verpackte-Anlageprodukte-Verordnung (Packaged Retail and Insurance-based Investment Products (PRIIPs)-Verordnung). Kontrovers diskutiert wurden im

Vorfeld insbesondere die Begrenzungen bei Vertriebsanreizen. Der Kommissionsentwurf enthält nun eine Öffnungsklausel für die Zulassung des Provisionsvertriebs. Sie unterliegt einer Überprüfung in drei Jahren.

https://finance.ec.europa.eu/publications/retail-investment-package_de

Finanzen

Kommission; Bericht des Europäischen Semesters für Deutschland

Die Kommission hat am 24.05.2023 ihren Bericht zum Europäischen Semester für Deutschland veröffentlicht, der nun dem Rat zur Verabschiedung vorgelegt wird. In dem Bericht bewertet die Kommission die Wirtschaftslage in Deutschland als grundsätzlich gut. Dennoch bestünden in Deutschland nach wie vor makroökonomische Ungleichgewichte (insbesondere ein nach wie vor zu hoher Außenhandelsüberschuss). Die Anfälligkeiten in Deutschland gingen jedoch so weit zurück, dass eine Fortsetzung dieser Trends im nächsten Jahr die Entscheidung rechtfertigen würde, dass keine Ungleichgewichte bestünden. Zudem erfülle Deutschland neben anderen Mitgliedstaaten das Defizitkriterium nicht. Vier zentrale Empfehlungen werden dementsprechend für 2023 und 2024 gemacht: Erstens solle der Bereich Haushalt durch Auslaufen der Entlastungsmaßnahmen im Energiebereich, eine umsichtige Fiskalpolitik und eine Verbesserung des Steuermixes zur Erhöhung der Arbeitszeit gestärkt werden. Zugleich sollten die öffentlichen Investitionsausgaben hoch bleiben. Zweitens solle Deutschland die Umsetzung seines geänderten Aufbau- und Resilienzplans erheblich beschleunigen, auch indem es ausreichende Ressourcen bereitstelle. Drittens solle die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung vorangetrieben werden. Schließlich solle die Abhängigkeit von fossilen Energien durch den beschleunigten Einsatz von erneuerbaren Energien und den Ausbau der Stromnetze verringert werden. Insbesondere in den Bereichen Verkehr, Gebäude und Industrie solle die Energieeffizienz verbessert werden. https://economy-finance.ec.europa.eu/system/files/2023-05/DE_SWD_2023_605_en.pdf

Kommission; Frühjahrspaket; Haushaltspolitische Leitlinien

Die Kommission hat am 24.05.2023 im Rahmen des Frühjahrspakets des Europäischen Semesters nach Auslaufen der allgemeinen Ausweichklausel den Mitgliedstaaten erneut quantifizierte und differenzierte länderspezifische Empfehlungen für die Haushaltspolitik gegeben: Die Mitgliedstaaten (MS), die ihr mittelfristiges Haushaltsziel (d. h. das im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts für jedes Land festgelegte Haushaltsziel) gemäß der Frühjahrsprognose 2023 erreicht haben, werden aufgefordert, 2024 eine solide Haushaltslage beizubehalten. Alle anderen MS werden aufgefordert, für eine umsichtige Haushaltspolitik zu sorgen. Dazu gehört vor allem, dass sie den nominalen Anstieg der national finanzierten Nettoprimaryausgaben im Jahr 2024 begrenzen. Alle MS sollten die national finanzierten öffentlichen Investitionen aufrechterhalten und sicherstellen, dass Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität und anderen EU-Fonds, insbesondere für den ökologischen und digitalen Wandel, tatsächlich abgerufen werden. Alle MS sollten bis Ende 2023 die geltenden Entlastungsmaßnahmen im Energiebereich auslaufen lassen. Für den Fall, dass ein neuerlicher Energiepreisanstieg Unterstützungsmaßnahmen erforderlich macht, sollten diese Maßnahmen gezielt auf den Schutz finanziell schwächerer Haushalte und Unternehmen abstellen, für die öffentlichen Finanzen tragbar sein und die Anreize zum Energiesparen erhalten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_2872

Rat; Internationaler Tag gegen Homophobie, Biphobie und Transphobie

Anlässlich des Internationalen Tages gegen Homophobie, Biphobie und Transphobie (IDAHOT) am 17.05.2023 veröffentlichte der Rat am 16.05.2023 eine Erklärung des Hohen Vertreters im Namen der EU. Das diesjährige Motto „Together Always: United in Diversity“ soll anlässlich des 75. Jahrestags der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte daran erinnern, dass alle Menschen, unabhängig davon, wer sie sind, wen sie lieben und wie sie sich selbst sehen und definieren, frei und gleich an Würde und Rechten geboren sind. Mit Sorge betrachtet der Hohe Vertreter den Anstieg an Desinformation, Gewalt, Belästigung und Stigmatisierung gegen LGBTI-Personen. Es sei nicht hinnehmbar, dass Menschenrechte weiterhin aufgrund der vermeintlichen oder tatsächlichen sexuellen Ausrichtung und Geschlechtsidentität verletzt und missachtet werden. Auch die Kriminalisierung und die Verfolgung von LGBTI-Personen in Drittstaaten müsse ein Ende finden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/05/16/international-day-against-homophobia-biphobia-and-transphobia-statement-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-european-union/>

EUAA; Rekordzahlen bei den Asylanträgen in der EU

Die Asyagentur der Europäischen Union (EUAA) veröffentlichte am 22.05.2023 neue Daten, die zeigen, wie stark die Zahl der Asylanträge in der EU steigt. Im März 2023 lagen die Anträge auf einem Niveau, das seit 2015-2016 nur viermal übertroffen wurde, und zwar alle in den letzten sechs Monaten. Tatsächlich stiegen die Anträge im ersten Quartal 2023 um knapp ein Drittel gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahr 2022 und um mehr als die Hälfte gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahr 2019, also vor der COVID-19-Pandemie. Immer mehr Menschen aus Venezuela, Kolumbien und Peru, aber auch aus der Türkei und Russland stellen Asylanträge. Die meisten Asylanträge kamen im März 2023 weiterhin von Menschen aus Afghanistan und Syrien. Zugleich genießen derzeit etwa vier Mio. Ukrainerinnen und Ukrainer vorübergehenden Schutz in der EU.

<https://euaa.europa.eu/news-events/venezuelans-colombians-and-peruvians-lodge-near-record-numbers-asylum-applications-eu>

ILGA; Ende der Diskriminierung bei Blutspenden

Am 25.05.2023 veröffentlichte die International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association (ILGA) einen Bericht über den aktuellen Stand der Diskriminierung bei Blutspenden in den europäischen Staaten. LGBTI-Personen werden im Gesundheitswesen demnach nach wie vor diskriminiert und stoßen auf zahlreiche Hindernisse beim Zugang zu einer angemessenen Versorgung. Deshalb sei es nach wie vor von entscheidender Bedeutung, dass mehr Staaten pauschale Verbote oder lange Wartezeiten für Blutspenden aufheben, damit Männer, die Sex mit Männern haben (MSM) und Trans-Personen in Gesundheitseinrichtungen gleichbehandelt werden. Im Jahr 2022 hoben elf europäische Staaten das Verbot von Blutspenden von MSM auf oder verkürzten die Fristen für die Zurückstellung. Insgesamt haben 18 europäische Staaten die Diskriminierung beendet. DEU hat vor kurzem ein Gesetz zum Verbot von Diskriminierung bei Blutspenden verabschiedet. Auch BEL und EST haben ihre Rückstellungsfristen verkürzt.

<https://www.ilga-europe.org/blog/countries-end-discrimination-blood-donation/>

Kommission; EU-US-Gesundheits-Taskforce

Am 17.05.2023 trafen sich die Kommissarin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Stella Kyriakides, und der US-Minister für Gesundheitspflege und Soziale Dienste, Xavier Becerra, in Brüssel, um die EU-US-Taskforce für Gesundheit ins Leben zu rufen. Die Task Force wurde eingerichtet, um die Partnerschaft zwischen der EU und den USA im Gesundheitsbereich auszubauen, und wird sich auf folgende Bereiche konzentrieren: Verbesserung der Krebsprävention, -erkennung und -behandlung bei Kindern und jungen Erwachsenen sowie Lungenkrebs. Ebenfalls soll zusammengearbeitet werden bei aktuellen und neu auftretenden Gesundheitsbedrohungen wie Vogelgrippe, Marburg-Krankheit und Resistenz gegen antimikrobielle Mittel. Beide Seiten betonten, wie wichtig es sei, Post-COVID-19 und dessen Auswirkungen auf Gesundheit, Gesellschaft und Wirtschaft besser zu verstehen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_23_2771

HaDEA; Psychische Gesundheit und Wohlbefinden von ukrainischen Flüchtlingen

Anlässlich der diesjährigen Europäischen Woche der psychischen Gesundheit vom 22.05.2023 bis zum 28.05.2023 und der Europäischen Woche der öffentlichen Gesundheit vom 22.05.2023 bis zum 26.05.2023 veröffentlichte die Europäische Exekutivagentur für Gesundheit und Digitales (HaDEA) am 22.05.2023 eine Auflistung bestehender Projekte zur Förderung der psychischen Gesundheit und des Wohlbefindens von ukrainischen Flüchtlingen. Im Rahmen der vier Projekte, die von HaDEA verwaltet werden, sollen vielversprechende bewährte Verfahren zur Verbesserung der psychischen Gesundheit und des psychosozialen Wohlbefindens von Migranten und Flüchtlingen umgesetzt werden, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf Menschen aus der Ukraine liegt. Dazu zählen Workshops zu den Themen Heilung, Resilienz und Empowerment (Selbstverantwortung und Selbstbestimmung) sowie Schulungen zu professioneller Pflege, Selbstfürsorge und Traumabewältigung und die Unterstützung von Flüchtlingskindern und ihren Betreuerinnen und Betreuern in ITL, GRI, HUN und ROM. Ebenfalls wird die Stärkung des europäischen Netzes ukrainisch- und russischsprachiger Fachleute für psychische Gesundheit und die Erleichterung der Behandlungsmöglichkeiten für Vertriebene mit Depressionen diskutiert.

https://hadea.ec.europa.eu/news/eu4health-projects-improving-mental-health-and-wellbeing-ukrainian-refugees-2023-05-22_en

EFSA; Rückgang der Afrikanischen Schweinepest

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) veröffentlichte am 22.05.2023 eine epidemiologische Analyse der Afrikanischen Schweinepest in der EU im Jahr 2022. Daraus geht hervor, dass die Zahl der Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest (ASP) in der EU im Jahr 2022 bei Schweinen um 79% und die Zahl der gemeldeten Fälle bei Wildschweinen um 40% im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurückging. Die Krankheit sei in acht EU-Staaten bei Schweinen und in elf EU-Staaten bei Wildschweinen gemeldet worden. Um die anhaltenden Bemühungen zur Eindämmung der Ausbreitung des Virus zu unterstützen, verlängert die EFSA ihre StopASF-Kampagne im Jahr 2023. Die Kampagne soll Landwirtinnen und Landwirte, Jägerinnen und Jäger und Tierärztinnen und Tierärzte in der EU und den umliegenden Staaten für die Erkennung, Verhütung und Meldung der ASP sensibilisieren.

<https://www.efsa.europa.eu/en/news/african-swine-fever-decreases-pigs-and-wild-boar-eu-during-2022>

EMCDDA/EBDD; Reitox-Woche 2023

Am 22.05.2023 veröffentlichte die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA/EBDD) eine Vorschau zum Programm der „Reitox-Woche“ 2023. Reitox ist das europäische Informationsnetz für Drogen und Drogensucht, das zeitgleich mit der EBDD gegründet wurde. Vom 22.05.2023 bis zum 26.05.2023 werden Vertreterinnen und Vertreter von 80 Staaten mit Mitgliedern der EMCDDA an der elften Reitox-Woche der Agentur teilnehmen. Ziel dieser jährlichen Veranstaltung ist es, dem Reitox-Netz und den internationalen Partnerinnen und Partnern der Agentur eine Plattform zu bieten, um Erfolgsgeschichten und Herausforderungen im Drogenbereich zu teilen und den Austausch von Ideen und Kooperationspartnerschaften zu erleichtern. Im Rahmen des Europäischen Jahres der Kompetenzen liegt der Schwerpunkt in diesem Jahr auf der Stärkung der Handlungskompetenz durch Fortbildung und Lernen.

https://www.emcdda.europa.eu/news/2023/skills-and-learning-focus-2023-reitox-week-begins_en

U m w e l t

Kommission; Grüne Partnerschaft zwischen der EU und der Republik Korea

Die EU und die Republik Korea haben am 22.05.2023 eine neue „grüne Partnerschaft“ gestartet. Damit wollen sie die Zusammenarbeit bei Klima- und Umweltschutz und bei sauberer Energie vertiefen. Die neue Partnerschaft soll den Austausch bewährter Verfahren des Klima- und Umweltschutzes, der sauberen und fairen Energiewende und anderer Bereiche des ökologischen Wandels vereinfachen. Die neue Zusammenarbeit wurde bei einem Gipfeltreffen der EU und der Republik Korea beschlossen. Zudem bestätigen sie mit der neuen Partnerschaft ihre Bemühungen, den weltweiten Temperaturanstieg auf unter 1,5°C zu begrenzen. Auch die Klimaneutralität bis 2050 und das Engagement für die Erreichung der jeweiligen Ziele für die Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2030 sind Teil der neuen Partnerschaft. Die beiden Parteien verpflichten sich auch zur Zusammenarbeit mit Drittländern, um diesen den ökologischen Übergang zu erleichtern.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_2816

Rat; Allgemeine Ausrichtung für Ökodesign-Anforderungen

Am 22.05.2023 hat der Rat eine gemeinsame Position zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung der Ökodesign-Anforderungen für nachhaltige Produkte festgelegt. Die Verordnung soll die bestehende Richtlinie von 2009 ersetzen und erweitert ihren Anwendungsbereich. Sie legt die Anforderungen an die ökologische Nachhaltigkeit für fast alle Waren auf dem EU-Markt fest. Die neue Verordnung soll einen digitalen Produktpass und das Verbot der Vernichtung nicht verkaufter Waren einführen. Der Rat fügt der vorgeschlagenen Verordnung ein direktes Verbot der Vernichtung unverkaufter Textilien hinzu. Kraftfahrzeuge sollen von den Regeln ausgeschlossen werden. Unternehmen sollen eine Mindestfrist für die Anpassung an die neue Verordnung erhalten.

<https://swedish-presidency.consilium.europa.eu/en/news/ecodesign-regulation-council-adopts-position/?etrans=de>

Kommission; Konsultation zu Umweltauswirkungen von bildgebenden Geräten

Die Kommission hat am 23.05.2023 eine Konsultation über die Umweltauswirkungen bildgebender Geräte wie z.B. Druckern gestartet. Mit der Initiative soll eine effiziente

Ressourcennutzung sichergestellt werden. So sollen bildgebende Geräte so konzipiert sein, dass sie energie- und ressourceneffizient sind. Es soll sichergestellt werden, dass Verbraucher und Verbraucherinnen alle nötigen Informationen haben, um die Geräte nachhaltig nutzen zu können. Hierzu zählen auch Informationen zu Wartung und Reparatur. Außerdem soll das Abfallaufkommen durch den Einsatz von Verbrauchsmaterialien (z.B. bei Druckerpatronen) verringert werden. Rückmeldungen sind noch bis zum 15.08.2023 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13553-Umweltauswirkungen-bildgebender-Geräte-einschlie%C3%9Flich-Verbrauchsmaterialien_de

EP; Ausschussabstimmung; Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung

Am 23.05.2023 stimmten Umwelt- und Entwicklungsausschuss gemeinsam über einen Berichtsentwurf zur Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) ab. In ihrem Berichtsentwurf räumten die Ko-Berichterstatter Udo Bullmann (S&D, DEU) und Petros Kokkalis (GUE, GRI) die nur langsamen Fortschritte bei der Umsetzung der SDGs ein und forderten dringende Maßnahmen zur Verstärkung der Bemühungen der EU. Sie forderten die Kommission auf, eine umfassende Strategie zur Verwirklichung der Agenda 2030 anzunehmen. Weitere Forderungen des Berichts betrafen die Zusammenarbeit mit dem Globalen Süden, die Annahme eines EU-Finanzierungsplans für die SDGs, die Überprüfung der Finanzarchitektur zur Schließung der Finanzierungslücke sowie die Aufforderung an die Kommission eine ständige Plattform für Nichtregierungsorganisationen zum Austausch über die SDGs einzurichten.

<https://www.europarl.europa.eu/committees/de/joint-envi-deve-vote-on-sustainable-deve/product-details/20230516CAN69769>

Kommission; Eurostat-Bericht zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele

Am 24.05.2023 hat die Kommission den neuen Eurostat Bericht zu den Fortschritten bei der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) veröffentlicht. Dieser Bericht legt dar, dass die EU in den letzten fünf Jahren Fortschritte in mehreren Bereichen vorweisen kann. Gerade bei den sozioökonomischen Zielen hat die EU laut Bericht teilweise sehr große Fortschritte gemacht. Bei den Umweltzielen werden in den nächsten Jahren Fortschritte durch die Umsetzung der Ziele und Vorgaben des Grünen Deals erwartet. Im Bericht wurden zum ersten Mal auch die kurzfristigen Auswirkungen von aktuellen Krisen auf die SDGs analysiert. Auch wurde die Analyse der Effekte von Konsum innerhalb der EU auf den Rest der Welt verbessert.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_2887

Rat; Festlegung der Verhandlungsposition über die Verordnung zur Abfallverbringung

Der Rat legte am 24.05.2023 seine Verhandlungsposition über die Aktualisierung der EU-Rechtsvorschriften zur Verbringung von Abfällen fest. Das Ziel dieser Aktualisierung ist es, sicherzustellen, dass die internationale Verbringung von Abfällen keine Gefahr für die Gesundheit und die Umwelt darstellt und dass die Nutzung von Abfällen als Ressource für die Kreislaufwirtschaft gefördert wird. Abfälle aus EU-Mitgliedsstaaten sollen nur dorthin verbracht werden, wo sie ordnungsgemäß verarbeitet werden. Zusätzlich sollen die Verfahren für die Verbringung von Abfällen innerhalb der EU harmonisiert, modernisiert und digitalisiert werden. Das Recycling soll gefördert und die illegale Abfallverbringung verhindert werden. Der Rat stimmte den allgemeinen Zielen des neuen Vorschlags zu und bemühte sich, den Verwaltungsaufwand zu verringern. Der Rat fordert für die Verbringung in Drittländer,

dass Abfallbewirtschaftungsanlagen im Bestimmungsland alle drei Jahre von unabhängigen Stellen geprüft werden sollen. Die Prüfungen sollen belegen, dass die Abfälle in den Anlagen auf umweltgerechte Weise entsorgt werden. Die Bedingungen für die Ausfuhr sollen erst nach drei Jahren in Kraft treten, um mehr Zeit für die Vorbereitung einzuräumen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/05/24/waste-shipments-council-ready-to-start-talks-with-parliament/>

EuGH; Urteil in der Rechtssache C-575/21 Umweltverträglichkeitsprüfung des Projekts „Heumarkt neu“

Am 25.05.2023 hat der EuGH in seinem Urteil in der Rechtssache C-575/21 entschieden, dass die Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung bei einem Städtebauprojekt nicht ausschließlich von dessen Größe abhängen darf. Mit seinem Urteil stellt der Gerichtshof fest, dass die Richtlinie einer nationalen Regelung wie der österreichischen entgegensteht, die die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für bestimmte Städtebauvorhaben von der Überschreitung der Schwellenwerte im Ausmaß einer Flächeninanspruchnahme von mindestens 15 ha und einer Bruttogeschossfläche von mehr als 150.000 m² abhängig macht. Die Schwellenwerte seien so hoch angesetzt, dass in der Praxis fast alle Projekte einer bestimmten Art von der Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ausgenommen seien. Hintergrund des Urteils war eine Klage des Unternehmens WertInvest Hotelbetrieb. Das Unternehmen hatte bei der Stadt Wien eine Baugenehmigung für ihr Projekt „Heumarkt neu“ beantragt. In einem Rechtsstreit zu diesem Projekt war die Frage offengeblieben, ob das Projekt einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden muss. Nach österreichischem Recht liegt das Projekt deutlich unter den Schwellenwerten. Der Gerichtshof kam jedoch zu dem Schluss, dass das österreichische Recht der EU-Richtlinie entgegensteht.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2023-05/cp230087de.pdf>

Kommission; EU fordert globale Regeln zur Beendigung der Plastikverschmutzung

Die Kommission hat am 30.05.2023 ihre Stellungnahme für die zweite hochrangige Verhandlungsrunde auf dem Weg zu einem globalen Abkommen gegen die Plastikverschmutzung veröffentlicht. Sie will rechtsverbindliche Bestimmungen für die Herstellung von Primärkunststoffen festlegen. Die Produktion und der Verbrauch von Kunststoffprodukten sollen bis 2024 deutlich nachhaltiger gestaltet werden. Die Kommission möchte zudem Maßnahmen zur Abschaffung und Einschränkung von Kunststoffprodukten, die vermeidbar sind oder für die nachhaltigeren Lösungen zur Verfügung stehen, erreichen. Bis 2040 möchte die Kommission die Kunststoffverschmutzung beenden. Ziel ist es, bis Ende 2024 ein verbindliches globales Abkommen zu verabschieden.

https://environment.ec.europa.eu/news/eu-calls-agreement-global-rules-end-plastic-pollution-2023-05-26_en

Kommission; Einstellung des Vertragsverletzungsverfahrens gegen Deutschland zur Umsetzung der Nitratrichtlinie

Die Kommission stellte am 01.06.2023 das Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland zur Umsetzung der Nitratrichtlinie ein. Sie stellte fest, dass die von Bund und Ländern erlassenen Regeln den Vorgaben der Richtlinie entsprechen und geeignet seien, die hohe Nitratbelastung der Gewässer anzugehen. Die Nitratrichtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten, Aktionsprogramme zu erstellen und Maßnahmen zu ergreifen, um die Verunreinigung des Grundwassers durch Nitrat aus

landwirtschaftlichen Quellen zu verringern. Am 21.06.2018 hatte der EuGH in einem ersten Verfahren geurteilt, dass Deutschland gegen die Nitratrichtlinie verstoßen hatte. Im Juli 2019 leitete die Kommission ein zweites Vertragsverletzungsverfahren wegen Nichtbefolgung des Urteils ein. Seitdem hat Deutschland die Düngeverordnung und weitere einschlägige Rechtsvorschriften angepasst.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/nitratrichtlinie-kommission-schliesst-verfahren-gegen-deutschland-2023-06-01_de

Kommission; Klarstellung zum Vorschlag zur EU-Verpackungsverordnung

Am 01.06.2023 hat die Kommission eine Meldung veröffentlicht, in der sie klarstellt, dass normale Etiketten auf Mehrwegbierflaschen ausreichend sind, um die im Vorschlag zur EU-Verpackungsverordnung vorgesehenen Regelungen zu erfüllen. Nach dem Vorschlag soll jede Verpackung in der EU ein Etikett und einen QR-Code haben, auf denen klar ersichtlich ist, aus welchen Materialien die Verpackung besteht und wie diese entsorgt werden muss. Dies sei auch durch die üblichen ablösbaren Papier-Etiketten gewährleistet. Es wird keine Pflicht sein, Informationen in die Flasche einzugravieren. Die neue Verpackungsverordnung soll mehr Nachhaltigkeit schaffen, indem sie unnötigen Müll vermeidet, das Recycling fördert und den Anteil der recycelten Kunststoffe in Verpackungen erhöht. Die vorgeschlagene Obergrenze für den Leerraum einer Verpackung soll für Transportverpackungen in bereits bestehenden Mehrwegsystemen ausgesetzt werden. Es wäre also weiterhin möglich, die Bierkästen in Deutschland zu verwenden. Jüngste irrige Presseartikel hatten diesbezüglich für Verunsicherung gesorgt.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/neue-eu-verpackungsverordnung-etikett-auf-mehrweg-bierflaschen-reicht-2023-06-01_de

L a n d w i r t s c h a f t

EP; Umweltausschuss; Abstimmung zur Richtlinie über Industrieemissionen (IED)

Die Abgeordneten des Umweltausschusses haben am 24.05.2023 dem Bericht von Berichterstatter Radan Kanev (EPP, BUL) zur Festlegung für strengere Regeln zur Reduzierung von Industrieemissionen zugestimmt. Die Abgeordneten unterstützten den Vorschlag der Kommission, die IED auf Anlagen der mineralgewinnenden Industrie (Bergwerke), Großanlagen zur Herstellung von Batterien und auf größere Rinderzuchtbetriebe sowie auf mehr Schweine- und Geflügelzuchtbetriebe auszuweiten. Was die Tierhaltungsbetriebe betrifft, so stimmten die Abgeordneten dafür, Schweine- und Geflügelbetriebe mit mehr als 200 Großvieheinheiten (GVE) und Rinderbetriebe mit 300 GVE oder mehr einzubeziehen. Für Betriebe, die mehr als eine dieser Tierarten halten, sollte die Grenze bei 250 GVE liegen. Die Abgeordneten schlugen vor, Betriebe mit extensiver Tierhaltung auszuschließen. Die Kommission hatte ursprünglich einen Schwellenwert von 150 GVE für die gesamte Tierhaltung vorgeschlagen. Die Abgeordneten betonen auch, dass sichergestellt werden müsse, dass Erzeuger außerhalb der EU, die in die EU exportieren, ähnliche Anforderungen erfüllen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20230522IPR91622/pollution-meps-support-stricter-rules-to-reduce-industrial-emissions>

Rat; Billigung des Abkommens über Fischereisubventionen

Am 25.05.2023 hat der Rat das Abkommen über Fischereisubventionen mit der Welthandelsorganisation (WTO) gebilligt. Mit diesem Abkommen werden die

wesentlichen Beschränkungen für die Subventionierung nicht nachhaltiger Fischerei festgelegt. Das Übereinkommen enthält erhebliche Beschränkungen für die Subventionierung der nicht nachhaltigen Fischerei, insbesondere ein Verbot von Subventionen für illegale, ungemeldete und unregulierte Fischerei. Auch ist ein Verbot von Subventionen für die Fischerei außerhalb des Hoheitsgebiets eines Küstenstaats und außerhalb der Zuständigkeit einer zuständigen regionalen Fischereiorganisation vorgesehen. Fischerei auf überfischte Bestände wird auch untersagt (abhängig davon, ob Nachhaltigkeitsstandards eingehalten werden, um diese Bestände wieder auf ein gesundes Niveau zu bringen). Das EP hatte seine Zustimmung bereits übermittelt. Das Übereinkommen über Fischereisubventionen tritt in Kraft, sobald zwei Drittel der WTO-Mitglieder ihre nationalen Ratifizierungsverfahren abgeschlossen haben.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/05/25/wto-council-approves-an-agreement-on-fisheries-subsidies-to-boost-environmental-sustainability/>

Rat; Verlängerung der Aussetzung von Zöllen für ukrainische Ausfuhren

Der Rat hat am 25.05.2023 die Verordnung zur Aussetzung der Zölle, Kontingente, Antidumpingzölle und Schutzmaßnahmen für die ukrainischen Ausfuhren in die EU angenommen. Damit wird die Regelung um ein Jahr verlängert. Dies betrifft die Aussetzung der Zölle für Obst und Gemüse, für welche Einfuhrpreisregelungen gelten und für landwirtschaftliche (Verarbeitungs-) Erzeugnisse E, die Zollkontingenten unterliegen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/05/25/ukraine-council-adopts-renewal-of-temporary-trade-liberalisation-and-other-trade-concessions/>

EP; Rat; Einigung zur Regelung der Fischereikontrollen

Am 31.05.2023 haben das EP und der Rat eine Einigung über die Aktualisierung der Vorschriften für Fischereikontrollen erzielt. Hierdurch werden die Kontrollverfahren für Fischereitätigkeiten modernisiert, um sicherzustellen, dass EU-Schiffe und andere Fischereifahrzeuge, die in EU-Gewässern fischen, die Vorschriften der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) einhalten. Mit der Einigung werden rund 70% der geltenden Vorschriften für die Kontrolle von Fischereifahrzeugen aktualisiert. Die wichtigsten Änderungen beinhalten satellitengestützte Schiffsüberwachungssysteme und elektronische Aufzeichnung, die Registrierung der Freizeitfischerei auf bestimmte Arten, Nutzung von Fernüberwachungsinstrumenten zur Sicherstellung, dass unbeabsichtigte Fänge angelandet werden, eine Überarbeitung der Sanktionsregelung und die Verbesserung der Rückverfolgbarkeit entlang der Lieferkette.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/05/31/council-strikes-deal-on-new-rules-to-combat-overfishing/>

EP; Festlegung des Standpunktes zu neuen Regeln für geografische Angaben

Am 01.06.2023 haben die Abgeordneten des Parlaments ihren Standpunkt zu den neuen Regeln für geografische Angaben (g. A.) von landwirtschaftlichen Produkten festgelegt. Die neuen Regeln sollen einen stärkeren Schutz für diese Angaben bieten. Internetdomänen, die unrechtmäßig den Namen einer g. A. nutzen, sollen geschlossen oder an eine entsprechende Erzeugervereinigung übertragen werden. Es soll zudem ein Warnsystem für die Registrierung von Domännennamen eingeführt werden. Verarbeitete Produkte, die eine g. A. enthalten, dürfen nicht den Namen dieser tragen, es sei denn, dass es der Hersteller dieser g. A. erlaubt. Zusätzlich sollen anerkannte Erzeugervereinigungen mehr Rechte und Ressourcen erhalten und die Registrierung einer g. A. soll deutlich beschleunigt werden. Der Standpunkt wurde mit 603 zu 18 Stimmen verabschiedet. Berichterstatter ist Paolo De Castro (S&D, ITL).

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230524IPR91912/besserer-schutz-fur-hochwertige-landwirtschaftliche-produkte>

Kommission; Konsultation für das Fischereiabkommen EU - Elfenbeinküste

Die Kommission hat am 01.06.2023 bis zum 29.06.2023 eine Konsultation über das Fischereiabkommen zwischen der EU und der Elfenbeinküste eröffnet. Gemäß partnerschaftliches Fischereiabkommen EU-Elfenbeinküste dürfen EU-Schiffe in den ivoirischen Gewässern Fischfang betreiben, während die EU in Gegenzug die nachhaltige Fischereipolitik des Landes unterstützt. Die technischen und finanziellen Bedingungen für diese Partnerschaft sind in einem Durchführungsprotokoll festgelegt. Das aktuelle Protokoll endet am 31.07.2024. Die Kommission strebt ein neues Verhandlungsmandat an, um ein neues Protokoll auszuhandeln und diese Partnerschaft fortzusetzen.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13736-Fischereiabkommen-EU-Cote-dIvoire-Verhandlungsmandat-fur-ein-neues-Protokoll_de

Justiz

EP; Verhandlungsmandat für neue EU-Regeln zur schnelleren Einziehung von Vermögenswerten

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) des EP hat am 23.05.2023 einen Berichtsentwurf für neue Regeln, die eine schnellere und effizientere Beschlagnahme von Vermögenswerten aus Straftaten in der gesamten EU ermöglichen sollen, angenommen (50 – 1 – 4). Im Vergleich zu den bestehenden Rechtsvorschriften würde die neue Richtlinie auch den Handel mit Feuerwaffen, die Begehung bestimmter Straftaten durch kriminelle Vereinigungen sowie die Verletzung von EU-Sanktionen abdecken. In ihrem Verhandlungsmandat schlagen die MdEP vor, auch den illegalen Handel mit Nuklearmaterial, Verbrechen, die in die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs fallen, die illegale Beschlagnahme von Flugzeugen und Schiffen sowie Sabotage einzubeziehen. Das Plenum des EP muss dem Verhandlungsmandat noch final zustimmen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230522IPR91604/meps-vote-to-speed-up-the-freezing-and-confiscation-of-criminal-assets>

EuG; „Emmentaler“ keine geografische Herkunftsangabe – Ablehnung als Unionsmarke rechtens

Das Gericht der EU (EuG) hat am 24.05.2023 sein Urteil in der Rechtssache T-2/21 verkündet. Darin kommt es zu dem Ergebnis, dass der Begriff „Emmentaler“ nicht als Unionsmarke für Käse geschützt werden kann. „Emmentaler“ beschreibe für die maßgeblichen deutschen Verkehrskreise eine Käsesorte und werde nicht als geografische Herkunftsangabe für den betreffenden Käse wahrgenommen, so das EuG.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=5C27F25518489DCE46488F93E8603540?text=&docid=274062&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=176023>

Kommission; Besserer grenzüberschreitender Rechtsschutz für Erwachsene mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen

Die Kommission hat am 31.05.2023 neue Vorschriften vorgeschlagen, mit denen sichergestellt werden soll, dass der Schutz von Erwachsenen in

grenzüberschreitenden Situationen gewahrt wird. Die Gesetzgebungsinitiative betrifft Erwachsene, die aufgrund einer Beeinträchtigung außerstande sind, ihre eigenen Interessen zu schützen. Mit Beeinträchtigungen meint die Kommission dabei Krankheiten wie Alzheimer oder ähnlich schwerwiegende gesundheitliche Probleme. Konkret schlägt sie eine Verordnung vor, die Regelungen zur Zuständigkeit von Gerichten, Anwendbarkeit von Rechtsvorschriften, rechtswirksamen Anerkenntnis von ausländischen Maßnahmen oder ausländischer Vertretungsmacht und Zusammenarbeit von Behörden enthalten soll. Ferner enthält der Verordnungsvorschlag z.B. die Einführung eines europäischen Vertretungszertifikats, mit dem die gesetzlichen Vertreter ihre Befugnisse in einem anderen Mitgliedstaat leichter nachweisen können sollen, sowie die Schaffung vernetzter Register, die Angaben über einen etwaigen Schutzstatus in einem anderen MS enthalten. Mit einer Verordnung setzt die EU unmittelbar geltendes Recht.

https://commission.europa.eu/document/6ff766ad-aca6-4b27-a3cd-b7a9afe8857d_en

Kommission; EBI zur grenzüberschreitenden Anerkenntnis von Gerichtsurteilen registriert

Die Kommission hat am 31.05.2023 beschlossen, die Europäische Bürgerinitiative (EBI) mit dem Titel „Verankerung des Präjudizkonzepts auf der EU-Ebene“ zu registrieren. Die Organisatorinnen und Organisatoren der Initiative fordern die Kommission auf, einen Mechanismus einzuführen, der die gegenseitige Anerkennung rechtskräftiger Urteile der Gerichte anderer Mitgliedstaaten hinsichtlich ähnlicher oder identischer Sachverhalte, die die Anwendung des Unionsrechts erfordern und eine grenzüberschreitende Dimension haben, gewährleistet, sowie die Möglichkeit, sich auf nationale Präzedenzentscheidungen zu berufen, die von den Gerichten des betreffenden Landes getroffen wurden. Mit ihrem Beschluss stellt die Kommission lediglich fest, dass die gegenständliche EBI die in den einschlägigen Rechtsvorschriften festgelegten formalen Voraussetzungen erfüllt. Eine inhaltliche Prüfung des Vorschlags hat die Kommission zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorgenommen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_2954

EP; HUN gefährdet EU-Werte – Zweifel an „glaubwürdiger Ratspräsidentschaft“ im kommenden Jahr

Nach einer Plenardebatte am 31.05.2023 über die Lage der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte in HUN und die eingefrorenen EU-Gelder hat das EP am Folgetag eine Entschließung angenommen (442 – 144 – 33), in der es seine tiefe Besorgnis über die Verschlechterung der rechtsstaatlichen Situation in dem Mitgliedstaat zum Ausdruck bringt. Eine Verschlechterung die sich, trotz der Aktivierung des sog. Art.7-Verfahrens, weiter verstetigt habe. Die Resolution kritisiert u.a., dass in HUN systemische Korruption herrsche. Gerügt werden in dem Text auch das Regieren via Dekreten, Angriffe auf LGBTQI+ -Rechte sowie die Einschränkung des Status von Lehrkräften und die Verletzung ihrer Sozial- und Arbeitnehmerrechte. Vor dem Hintergrund dieser Kritik äußern die MdEP Zweifel daran, dass HUN seine am 01.07.2024 beginnende Ratspräsidentschaft glaubwürdig wahrnehmen können. In seiner Entschließung fordert das EP den Rat daher auf, so bald wie möglich eine angemessene Lösung zu finden und weist darauf hin, dass es geeignete Maßnahmen ergreifen könne, wenn keine solche Lösung gefunden werde.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0216_DE.html

Kommission; Vertragsverletzungsverfahren gegen POL und BUL wegen mangelnder Umsetzung von EU-Vorschriften zum Schutz von gegen die finanziellen Interessen der EU gerichtetem Betrug

Die Kommission hat am 01.06.2023 bekanntgegeben, dass sie beschlossen hat, mit der Übermittlung von Aufforderungsschreiben Vertragsverletzungsverfahren gegen BUL (INFR(2023)2012) und POL (INFR(2023)2011) einzuleiten, weil diese Mitgliedstaaten die EU-Vorschriften über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der EU gerichtetem Betrug (Richtlinie (EU) 2017/1371) nicht ordnungsgemäß umgesetzt hätten. Sie hat darüber hinaus beschlossen, eine mit Gründen versehene Stellungnahme an FIN (INFR(2021)2234) zu richten. Durch die in der Richtlinie geregelte Harmonisierung der Definitionen, Sanktionen und Zuständigkeitsvorschriften im Zusammenhang mit Betrug und anderen gegen die finanziellen Interessen der EU gerichteten Straftaten soll der EU-Haushalt geschützt werden. In Bezug auf die gegen BUL und POL eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren vertritt die Kommission die Auffassung, dass dort mehrere Konformitätsprobleme in Bezug auf die Definition einiger Straftaten und die damit einhergehenden strafrechtlichen Sanktionen sowie die Verantwortlichkeit juristischer Personen für zu ihren Gunsten begangene Straftaten bestehen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/inf_23_2707

Kommission; Neues EU-Patentsystem in Kraft getreten

Am 01.06.2023 ist das neue einheitliche EU-Patentsystem in Kraft getreten. Bestandteil des neuen Patentsystems, das zunächst nur in 17 Mitgliedstaaten (MS) (darunter DEU, FRA und ITL) gilt, ist die Einführung eines Einheitlichen Patentgerichts, das für Einheitspatente und bestehende europäische Patente zuständig sein wird. Aufbauend auf dem bestehenden Europäischen Patent wird zudem ein neues Verfahren mit einem einzigen und kostenlosen Antrag, der vom Europäischen Patentamt (EPA) erteilt wird, eingeführt. Dies werde den Zeit- und Kostenaufwand für die Erlangung von Patentschutz in mehreren MS verringern, so die Kommission.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/einheitliches-patentsystem-einheitliches-patentgericht-schutz-von-geistigem-eigentum-wird-gunstiger-2023-06-01_de

I n n e r e s

Kommission; Präsidentin von der Leyen kündigt weitere Hilfen für italienische Überschwemmungsgebiete an

Bei einem Besuch in der hessischen Partnerregion Emilia-Romagna hat die Präsidentin der Kommission, Ursula von der Leyen, am 25.05.2023 den von der Flut Betroffenen Beistand und Solidarität versichert. Die Kommissionspräsidentin verwies darauf, dass sofort das Katastrophenschutzverfahren der EU ausgelöst wurde. Andere Mitgliedstaaten der EU lieferten schnell Wasserpumpen und schickten Helfende. Die Verwüstung sei für viele Landwirte eine Katastrophe. Deshalb müsse die Reserve für Krisen im Agrarsektor ausgelöst werden. Darüber hinaus halte sie eine Unterstützung durch den Solidaritätsfonds für angebracht. Weitere Möglichkeiten seien der Kohäsionsfonds und der Aufbauplan NextGenerationEU.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_23_2916

EuGH; Zwischenzeitliche Rückkehr in Herkunftsland führt nicht zu neuem Asylantrag

Der EuGH hat am 25.05.2023 sein Urteil in der Rechtssache C-364/22 verkündet. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass ein erneuter Asylantrag, nach zwischenzeitlicher Rückkehr ins Herkunftsland, als Folgeantrag im Sinne der Richtlinie zu gemeinsamen Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes eingestuft werden kann. Ein solcher Folgeantrag könne auch unabhängig davon, ob eine etwaige Rückkehr freiwillig erfolgte oder erzwungen wurde, als unzulässig abgelehnt werden, sofern keine neuen Umstände vorlägen. Ein libanesischer Staatsangehöriger hatte in DEU einen Asylantrag gestellt. Dieser wurde jedoch abgelehnt und der Betroffene wurde in den Libanon abgeschoben. Zehn Jahre später reiste er, diesmal mit seiner Frau und der gemeinsamen Tochter, erneut nach DEU ein. Nachdem ihre Asylanträge abgelehnt und ihnen die Abschiebung angedroht worden war, reisten sie freiwillig in den Libanon aus. Elf Jahre später reisten die drei erneut nach DEU ein und stellten wiederum Asylanträge. Die zuständige Behörde nahm eine Anhörung vor, lehnte die Anträge jedoch als unzulässig ab. Die drei erhoben daraufhin Klage vor dem VG Minden.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=274106&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=2792593>

Kommission; Verbesserungen beim Visahebel geplant

Die Kommission hat am 30.05.2023 eine Mitteilung über die Überwachung der EU-Regeln für visumfreies Reisen angenommen. Konkret setzt sie sich mit der Funktionsweise der EU-Regelungen für visumfreies Reisen auseinander und benennt die aus ihrer Sicht wichtigsten Herausforderungen in den Bereichen irreguläre Migration und Sicherheit. Die Mitteilung stellt gleichzeitig den Startpunkt für einen Konsultationsprozess mit dem EP und dem Rat dar. Im Rahmen dieses Prozesses soll ermittelt werden, wie der EU-Mechanismus zur Aussetzung der Visumpflicht effektiv verbessert werden kann. Verbesserungspotential sieht die Kommission v.a. bei den Gründen und den Schwellenwerten für die Auslösung des Aussetzungsverfahrens.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A52023DC0297>

Kommission; EU bereitet sich auf Waldbrandsaison vor

Die Kommission hat am 31.05.2023 angekündigt, ihre Kapazität zur Brandbekämpfung in Erwartung einer schweren Waldbrandsaison zu verdoppeln. Das europäische Katastrophenschutzsystem RescEU für Löschflugzeuge umfasst damit für diesen Sommer 24 Flugzeuge und 4 Hubschrauber aus 10 Mitgliedstaaten (MS; KRO, CYP, CZE, FRA, DEU, GRI, ITL, PTL, ESP und SWE) – im Vergleich zu 13 Löschflugzeugen in 2022. DEU hat dabei zwei Leichtflugzeuge beigesteuert. Die MS stellten im vergangenen Sommer eine Rekordzahl von Anträgen auf Unterstützung durch die RescEU, was Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen dazu veranlasste, in ihrer Rede zur Lage der Union 2022 die Verdopplung der Flottenkapazität zu versprechen. Bis zum Ende des Jahrzehnts will die Kommission eine ständige Löschflotte aufbauen.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/waldbrande-eu-verdoppelt-resceu-brandbekampfungsflotte-2023-05-30_de

Bildung und Kultur

Kommission; Kreatives Europa; Bericht zur nachhaltigen Programmgestaltung

Die Kommission hat am 23.05.2023 eine Studie veröffentlicht, die Möglichkeiten aufzeigt, das Kulturprogramm Kreatives Europa nachhaltiger und entlang der EU-

Klimazielen auszurichten. Die Kommission hatte die Studie in Auftrag gegeben. Die Autorinnen und Autoren der Studie arbeiteten daran, Leitlinien für Antragsteller und Begünstigte zu entwickeln und Empfehlungen für die Überwachung und Bewertung der Nachhaltigkeitsaspekte von Projektvorschlägen zu entwickeln. Auch wurde eine Liste bewährter Verfahren gesammelt, die eine Sensibilisierung für eine „grüne Transition“ in der Kultur- und Kreativbranche vornimmt.

<https://culture.ec.europa.eu/de/news/how-creative-europe-aims-to-go-green>

Information, Kommunikation und Medien

Kommission; Veröffentlichung eines „European Media Industry Outlook“

Die Kommission hat am 18.05.2023 einen „European Media Industry Outlook“ veröffentlicht. Er befasst sich mit drei Sektoren: audiovisuelle Medien, Nachrichtenmedien und Videospiele, und bewertet die Markttrends auf der Angebots- und Nachfrageseite sowie die technologischen Entwicklungen in diesen drei Teilsektoren. Der Bericht enthält Marktübersichten, Technologietrends und sich abzeichnende Produktions- und Konsummuster in der EU-27. Für alle Teilsektoren weist der European Media Industry Outlook auf die zunehmende Bedeutung der Digitalisierung hin. Gerade für den Bereich der Printmedien bedeute die Hinwendung zu Online-Medien eine besondere Herausforderung, die u.a. durch sinkende Werbeeinnahmen hervorgerufen wird. Im Bereich audiovisuelle Medien sei eine Erholung nach der COVID-19-Pandemie zu verzeichnen, die aber für die Kinowirtschaft am schwächsten ausfalle. Der Untersuchung liegen Verbraucherumfragen, Marktanalysen, Beiträge von Interessengruppen und Sekundärquellen aus den Jahren 2022 und 2023 zugrunde.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/european-media-industry-outlook>

EuGH; Grenzüberschreitende Satellitenübertragung mit Signalverschlüsselung

Der EuGH hat mit Urteil vom 25.05.2023 in der Rechtssache C-290/21 entschieden, dass ein Satellitenbouquet-Anbieter, der verpflichtet ist, für eine öffentliche Wiedergabe, an der er mitwirkt, die Zustimmung der Inhaber der betreffenden Urheberrechte und verwandten Schutzrechte einzuholen, diese Zustimmung nur in dem Mitgliedstaat einholen muss, in dem die programmtragenden Signale in die zum Satelliten führende Kommunikationskette eingegeben werden. Der EuGH hat damit Art. 1 Abs. 2 Buchst. b der Richtlinie 93/83/EWG zur Koordinierung bestimmter urheber- und leistungsschutzrechtlicher Vorschriften betreffend Satellitenrundfunk und Kabelweiterverbreitung ausgelegt. Die Verwertungsgesellschaft AKM in AUT, die auch Rechte ausländischer Verwertungsgesellschaften wie der deutschen GEMA wahrnimmt, hat die Canal+ Luxembourg Sàrl, die in AUT Programme zahlreicher Rundfunkunternehmen zu unterschiedlichen Paketen (Satellitenbouquets) gebündelt über Satellit anbietet, auf Unterlassung, Auskunftserteilung und Schadensersatz verklagt. Sie wirft der Beklagten vor, für die in ihren Bouquet-Angeboten enthaltenen Pay- und Free-TV-Programme Signale zur Weitersendung in AUT zu nutzen, ohne eine Einwilligung eingeholt zu haben, und zwar weder bei ihr (AKM) noch im Sendestaat. Der Oberste Gerichtshof hat den EuGH um Auslegung der Richtlinie 93/83/EWG ersucht.

<http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-290/21>

E U – F ö r d e r p r o g r a m m e

Kommission; Förderaufruf; Urban Transition Mission

Die Kommission hat am 23.05.2023 den Start der zweiten Ausschreibungsrunde der Urban Transition Mission bekanntgegeben. Diese ist eine von insgesamt sieben Missionen der Initiative „Mission Innovation“, welche aus 23 Staaten sowie der EU, vertreten durch die Kommission, eingerichtet wurde. Bei der Mission Urban Transition handelt es sich um eine Kooperation von bisher 48 Städten weltweit, die nachhaltige, resiliente und gleichzeitig menschenfreundliche Veränderungen in den jeweiligen Städten fördern. Die Zahl der teilnehmenden Städte soll nun auf 300 erhöht werden. Die einzige bisher involvierte deutsche Stadt ist Mannheim. Voraussetzungen für eine Teilnahme sind die Unterzeichnung der Ziele des Global Covenant of Mayors, eine Bevölkerungszahl größer als 50.000 sowie ein umfassender Klima- und Energieplan. Zur Bewerbung muss ein Fragebogen ausgefüllt und bis zum 21.08.2023 eingereicht werden. Die Bekanntgabe der dann neu ausgewählten Städte wird voraussichtlich während der UN-Klimakonferenz in Dubai Ende 2023 erfolgen.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/news/all-research-and-innovation-news/going-further-together-call-now-open-join-city-cohort-urban-transitions-mission-innovation-2023-05-23_en

V e r a n s t a l t u n g e n

Richter und Staatsanwälte zu Informationsbesuch in Brüssel

Im Rahmen einer Delegationsreise besuchten Angehörige der hessischen Justiz in der Zeit vom 22. bis 23.05.2023 Brüssel und die Vertretung des Landes Hessen bei der EU. Auf dem Programm standen dabei u.a. Gespräche mit den MdEP Prof. Dr. Simon (EVP/DEU) und Axel Voss (EVP/DEU). In der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland tauschten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu aktuellen Fragen der Rechtspolitik auf EU-Ebene aus.

Führungskolleg Hessen besucht Brüssel

Im Rahmen des Fortbildungsprogramms „Führungskolleg Hessen“ besuchten Führungskräfte aus der Hessischen Landesverwaltung in der Zeit vom 24. bis zum 26.05.2023 Brüssel und die Vertretung des Landes Hessen bei der EU. Auf dem Programm standen u.a. Gespräche mit den MdEP Lukas Mandl (EVP/AUT) und Michael Gahler (EVP/DEU) sowie eine Besichtigung des EU-Zentrums für die Koordination von Notfallmaßnahmen. In der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland tauschten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zudem zu aktuellen Fragen der Rechtspolitik auf EU-Ebene aus

„Wintershall Dea - Carbon Capture and Storage (CCS)“

Am 22.05.2023 hat Wintershall Dea in Kooperation mit der Vertretung des Landes Hessen bei der EU zu einem parlamentarischen Abend mit einer Diskussionsrunde „Wintershall Dea - Carbon Capture and Storage (CCS)“ in die Vertretung des Landes Hessen bei der EU eingeladen. CCS ist eine Technologie zur Reduzierung der CO₂-Emissionen aus fossilen Brennstoffen, in die das Unternehmen mit Sitz in Kassel und Hamburg vermehrt investiert. Bei der CCS-Technologie wird CO₂ aus industriellen Prozessen oder Kraftwerksabgasen abgeschieden und anschließend in unterirdischen Lagerstätten oder anderen Speichermedien sicher gespeichert. Brisant ist das Thema insbesondere, da es im Rahmen des Vorschlags der Kommission für den Net-Zero-

Industry-Act als geförderte Technologie aufgeführt ist. Die Diskussionsteilnehmer Hugo Dijkgraaf (Chief Technology Officer Wintershall), MdEP Jutta Paulus (GRÜNE/DEU), Dr. James Watson (Generalsekretär Eurogas) und Matthias Buck (Direktor Europa bei Agora Energiewende) waren sich dahingehend einig, dass CCS allein zwar nicht zu einer Dekarbonisierung der Industrie führen wird, es jedoch eine der Schlüsseltechnologien auf dem Weg dahin darstellen könnte. Andrea Thilo moderierte die Veranstaltung.

Europa nach den Wahlen: GRI hat gewählt

Maria Psara, EU-Korrespondentin für eine der größten Tageszeitungen des Landes, die „Efimerida ton Syntaktion Greece“, sowie für den griechischen TV-Sender „Star Tv“, hat die Wahlergebnisse in der Hessischen Landesvertretung analysiert: Es war ein historisches Wahlergebnis mit über 40% für den liberalkonservativen Regierungschef Kyriakos Mitsotakis und seine Partei Nea Dimokratia (ND). Ex-Ministerpräsident Alexis Tsipras hat mit seiner Partei SYRIZA gegenüber der letzten Wahl (2019/31,5%) fast 12% der Stimmen verloren und wurde mit 20,01% nur zweitstärkste Kraft. Insgesamt schafften es fünf Parteien ins Parlament. Die Wahlbeteiligung lag bei 61%; 2019 waren es 57%. Das Votum sei klar, sagte die EU-Korrespondentin. Die Griechen möchten, dass Kyriakos Mitsotakis seinen Reformkurs für das Land fortsetzt. Mitsotakis hat sein Wahlergebnis von 2019 (39,9%) übertroffen und kommt auf 146 der insgesamt 300 Sitze im zukünftigen Parlament. Für eine weitere Alleinregierung fehlen ihm jedoch fünf Sitze. Europastaatssekretär Uwe Becker betonte, das unter der Regierung der linken SYRIZA-Partei geänderte Wahlrecht im Jahr 2016 habe für die Wahl vom 21.05.2023 eine neue Grundlage geschaffen. Durch eine Wahlrechtsreform, welche die Regierung unter Alexis Tsipras im Jahr 2016 beschlossen hatte und die zum ersten Mal bei dieser Wahl zum Tragen kam, wurde das sog. Bonus-Verfahren (+50 Sitze zusätzlich für die stärkste Partei) abgeschafft. Die Regierung Mitsotakis hat 2020 das Wahlrecht jedoch wieder geändert, mit dem ein Bonus-Verfahren wiedereingeführt wurde. Wahlrechtsänderungen gelten laut griechischer Verfassung erst jeweils für die übernächste Wahl und somit für die Stichwahl am 25.06.2023. Mitsotakis hat direkt nach der Wahl angekündigt, dass er den Auftrag zur Bildung einer Regierungskoalition nicht annehmen wird. Auch die weiteren Parteien lehnten ab. Mitsotakis setze folglich auf Neuwahlen am 25.06.2023, sagte Maria Psara. Grund dafür sei, dass bei dieser zweiten Wahl die Wahlrechtsänderungen (erneute Einführung von Bonus-Stimmen, die die Bildung einer absoluten Mehrheit erleichtern) der Mitsotakis-Regierung greifen. Im anschließenden Gespräch mit EU-Korrespondent Markus Becker, DER SPIEGEL, und Moderator der Veranstaltung, wurden mit Blick auf das Ergebnis dieser Wahl mögliche Auswirkungen auf die innenpolitische Situation des Landes und auf die künftige EU-Politik diskutiert.

Veranstaltung „Herausforderungen für die Demokratie in Lateinamerika: Welche Rolle hat die EU?“

Am 30.05.2023 fand in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU eine Veranstaltung zum Thema „Herausforderungen für die Demokratie in Lateinamerika: Welche Rolle hat die EU?“ statt. MdEP Markus Ferber (EVP/DEU) erörterte zunächst den aktuellen Stand der Demokratien in Lateinamerika. Er verwies auf die aktuelle Erosion der Demokratie und die wachsende Polarisierung. Im ersten Panel, „Soziale Inklusion und Migration – Herausforderungen für die Stabilität der Demokratie“, sprachen der Stellv. Außenminister a.D. der Dominikanischen Republik, Jatzel Román sowie die Stellv. Ministerin für Soziale Integration Ecuadors, Verónica Cando, über die instabile Lage in Haiti, welche durch die zahlreichen Flüchtlinge zu einem großen Migrationsproblem innerhalb Lateinamerikas beigetragen habe. Gleichzeitig gebe es

große Flüchtlingsströme aus Venezuela. Anschließend wurde auf die sozialen Auswirkungen auf die einzelnen Länder, den Beitrag zur Destabilisierung der Demokratie in Lateinamerika und die notwendigen Maßnahmen für zum Beispiel eine erfolgreiche Integration eingegangen. Christina Kokkinakis, Stellv. Direktorin für Werte & Multilaterale Beziehungen des Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) erwähnte die Notwendigkeit und Vorbereitung einer neuen EU-Strategie um weitere Kooperation mit Lateinamerika voranzutreiben. Auf dem zweiten Panel „Populismus und Risiken für den Rechtsstaat“ sprachen Marta Batres, ehemalige Abgeordnete der Legislativverwaltung in El Salvador, Mayerly Briceño, Beraterin des Senats und Social Leader aus Kolumbien sowie Julio Isamit, Leiter des Res Publica Instituts und ehemaliger Minister für Nationale Vermögenswerte aus Chile. Hierbei wurde unter anderem auf die Lage in El Salvador eingegangen, in der der Präsident zwar einerseits die hohe Gewalt und Kriminalität bekämpfe, im Gegenzug aber die Rechte, die in der Verfassung garantiert seien, außer Kraft setzte. In Kolumbien sei die Lage weiterhin sehr schwierig: Der Waffenstillstand wurde teilweise wieder ausgesetzt. In Chile bestehe aktuell eine politische, soziale und institutionelle Krise. Das Land habe bis 2019 erhebliche Fortschritte gemacht, diese seien aber auf Grund des umstrittenen Referendums zur Änderung der Verfassung in Gefahr. Allgemein waren sich alle einig, dass die EU eine wichtige Rolle für die Demokratie in Lateinamerika spiele und sie betonten die Rolle der EU als Vorbild für Lateinamerika und deren Demokratien.

Gespräche von Europastaatssekretär Becker in Brüssel

Am 31.05.2023 führte der Hessische Staatssekretär für Europaangelegenheiten Uwe Becker eine Reihe von Gesprächen zu aktuellen Themen hessischer europapolitischer Anliegen in Brüssel. Im Mittelpunkt des Gesprächs mit Alexandra Jour-Schröder, stellv. Generaldirektorin, DG FISMA, Europäische Kommission stand neben allgemeinen Fragen der EU-Finanzdienstleistungspolitik vor allem das Verfahren für die Sitzplatzbewerbung der neuen EU-Antigeldwäschebehörde (AMLA). Staatssekretär Becker warb für Frankfurt und erörterte mit Frau Jour-Schröder das weitere Verfahren insbesondere hinsichtlich der Sitzplatzkriterien. Weiteres Thema war der Kommissionsvorschlag für das Bankenrisikopaket (CMDI). In diesem Zusammenhang trat Becker für den Erhalt der Institutssicherung der deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken ein. Allgemeine Fragen der EU-Finanzdienstleistungspolitik wie das AMLA-Verfahren und das CMDI-Paket waren Gegenstand des Gesprächs mit Sven Afhüppe, Global Head of Political Affairs der Deutschen Bank. Aktuelle Wirtschaftsfragen der EU-Politik insbesondere die Kommissionsvorschläge mit Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft und vor allem die KMU erörterte der Staatssekretär mit Freya Lemcke, Leiterin der EU-Vertretung des DIHK in Brüssel. Thema des Gesprächs mit Jan Dopheide, Mitglied im Kabinett von EU-Kommissionsvizepräsident Sefkovic waren die Beziehungen der EU27 mit GBR und die Umsetzung des Nord-Irland-Abkommens.

FDP-Delegation zu Klima- und Energiethemen in Brüssel

Am 31.05. und 01.06.2023 führte eine FDP-Delegation in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU Gespräche zu Themen wie der Umsetzung des Green Deal, der Rolle von Wasserstoff in der künftigen Energieversorgung und der Position von verschiedenen Verbänden in diesen Themen. Gesprächspartner waren dabei die EP-Abgeordneten Nicola Beer, Vizepräsidentin des EP (RN/DEU) und Dr. Andreas Glück (RN/DEU), Verbandsvertreter des Bundesverbandes Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) in Brüssel, von HydrogenEurope und aus der Generaldirektion Klima der Kommission. Die Gruppe wurde angeführt vom Vorsitzenden der Fraktion der FDP im Hessischen Landtag, René Rock, MdL.

„Digitalisierung und Effizienz: Kann das Gigabit-Infrastrukturgesetz Deutschland auf die Überholspur bringen?“

Auf Einladung von Europaministerin Lucia Puttrich, Digitalministerin Prof. Dr. Kristina Sinemus und dem Präsidenten des Verbands der Anbieter von Telekommunikations- und Mehrwertdiensten (VATM), David Zimmer, fand am 01.06.2023 in der Landesvertretung eine Podiumsdiskussion zum Thema „Digitalisierung und Effizienz: Kann das Gigabit-Infrastrukturgesetz Deutschland auf die Überholspur bringen?“ statt. Gegenstand der Veranstaltung war der Vorschlag der Kommission für ein Gigabit-Infrastrukturgesetz („Gigabit Infrastructure Act“) vom 23.02.2023. Digitalministerin Prof. Sinemus zeigte sich mit den Zielen des Gigabit Infrastructure Acts – beschleunigter und kostengünstiger Ausbau – voll einverstanden. Nichtsdestotrotz seien aber Änderungen nötig – hier verwies sie auf die Rechtsform der Verordnung, die mangelnde Berücksichtigung von Resilienzanforderungen sowie zu kurze Fristen für die Umsetzung. Jürgen Grützner, Geschäftsführer des VATM, ging in seiner Begrüßung insbesondere auf die Notwendigkeit der Planungssicherheit für Investoren ein. Bevor es zu einem doppelten Ausbau komme, müsse zunächst die Infrastruktur flächendeckend errichtet sein. Renate Nikolay, stellvertretende Generaldirektorin, Europäische Kommission, erläuterte die Hintergründe und maßgeblichen Zielrichtungen des Kommissionsvorschlags. Es handele sich um eine lang vorbereitete Revision einer Richtlinie von 2014. Der Verordnungsvorschlag soll einen wichtigen Beitrag zum Bürokratieabbau leisten. Sie verteidigte die Wahl der Verordnung als Rechtsform mit der Begründung, dass es großen zeitlichen Druck gäbe. Sie zeigte sich aber gesprächsbereit für Änderungen des Textes und verwies darauf, dass die Verordnung Raum lasse für die Berücksichtigung der Besonderheiten der Mitgliedstaaten. In der Diskussion hervorgehoben wurde das von Hessen und Rheinland-Pfalz gemeinsam aufgebaute Breitbandportal, das Genehmigungsverfahren digitalisiert. Alexander Schweitzer, Minister für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung, Rheinland-Pfalz, erläuterte, dass dieses Instrument auch in kleinen Gemeinden sehr gut angenommen werde. Man habe die Botschaft verstanden, dass die Politik den eigenwirtschaftlichen Ausbau unterstützen sollte – das Portal trage dazu bei. Dabei wies VATM-Präsident David Zimmer darauf hin, dass man hier aber nicht stehen bleiben dürfe. Die Digitalisierung eines „schlechten“ Verfahrens reiche nicht – nun müssten auch die Genehmigungsverfahren verbessert werden. Christian Sommer, Chief Legal Officer, Vantage Towers, wies ebenfalls darauf hin, dass die Genehmigungsverfahren zu lange dauerten. Die im Vorschlag für den Gigabit Infrastructure Act vorgesehene Genehmigungsfiktion sei deshalb der richtige Weg.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

- | | |
|------------|----------------------------|
| 08.06.2023 | Rat für Justiz und Inneres |
| 09.06.2023 | Rat für Justiz und Inneres |

11./13.06.2023	Rat für Landwirtschaft und Fischerei (Informeller Rat)
12./13.06.2023	Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz
15.06.2023	Euro-Gruppe
16.06.2023	Rat Wirtschaft und Finanzen

Europäische Kommission

07.06.2023	Entwurf des Haushaltsplans 2024 Eine neue Agenda für Lateinamerika und die Karibik Interinstitutionelles Ethikgremium Paket für die Verteidigung der Demokratie Ein umfassendes Konzept für die psychische Gesundheit
------------	---

Europäisches Parlament

Themen Plenarsitzung des EP vom 12.-15.06.2023

Elektronische Beweismittel in Strafverfahren: Richtlinie über Vertreter
Verordnung über elektronische Beweismittel: Europäische Herausgabeanordnungen und Sicherungsanordnungen für elektronische Beweismittel in Strafsachen
Wettbewerbspolitik – Jahresbericht 2022
Drogenagentur der Europäischen Union
Bewertung der neuen Mitteilung der Kommission zu den Gebieten in äußerster Randlage
Große Transportinfrastrukturvorhaben in der EU
Durchführung der Verordnungen über die Europäische Bürgerinitiative
„Was Europa ausmacht“ - Aussprache mit dem zyprischen Präsidenten Nikos Christodoulides
Batterien und Altbatterien
Makrofinanzhilfe für Nordmazedonien
Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 1/2023 – technische Anpassungen aufgrund politischer Einigungen über mehrere Legislativvorschläge, die unter anderem REPowerEU, das CO2-Grenzausgleichssystem und das Programm der Union für sichere Konnektivität betreffen
Änderungen der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments bezüglich der Überweisung von Vorschlägen für verbindliche Rechtsakte an Ausschüsse und des Verfahrens zur Lösung von Zuständigkeitskonflikten
Gesetz über künstliche Intelligenz
Beziehungen zur Palästinensischen Behörde
Aussprache über außenpolitische Fragen in Anwesenheit des Vizepräsidenten der Kommission/Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 29./30. Juni 2023
 Ansprache von Vjosa Osmani, Präsidentin der Republik Kosovo 5
 Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit EU-Thailand
 Hochwertige Praktika in der EU
 Untersuchung des Einsatzes von Pegasus und ähnlicher Überwachungs- und Spähsoftware
 Wasserkrise in Europa
 Europa zum Investitionsstandort machen
 Lehren aus den Pandora-Papieren und anderen Enthüllungen
 Gewährleistung der Ernährungssicherheit und der langfristigen Widerstandsfähigkeit der Landwirtschaft in der EU
 Erweiterung des Mandats der EUSTA hinsichtlich des Straftatbestands des Verstoßes gegen restriktive Maßnahmen der Union
 Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit

Ausschuss der Regionen

07.06.2023 ECON-Fachkommissionssitzung
 Reform des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung (Abstimmung)
 Paket zu kritischen Rohstoffen (Orientierungsdebatte)
 Rechtsakt über eine klimaneutrale Wirtschaft (Orientierungsdebatte)
 Jahresbericht über die Wettbewerbspolitik 2022 (Meinungsaustausch)
 EU-Rechtsakt zur Cybersolidarität und zur digitalen Resilienz (Meinungsaustausch)

Europäischer Gerichtshof

05.06.2023 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C 204/21 Kommission / Polen (Unabhängigkeit und Privatleben von Richtern)
 Disziplinarkammer des polnischen Obersten Gerichts u.a.

06.06.2023 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C 700/21 O. G. (Europäischer Haftbefehl gegen einen Drittstaatsangehörigen)
 Ablehnung der Übergabe bei Vollstreckung der Strafe im Inland)

- 06.06.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-406/22 Ministerstvo vnitra České republiky, Odbor azylové a migrační politiky
Bestimmung sicherer Herkunftsstaaten
- 07.06.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C-414/22 DocLX Travel Events und C-584/22 Kiwi Tours
Rückerstattung der Reisekosten bei pandemiebedingten Umständen
- 08.06.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-50/21 Prestige and Limousine
Beschränkungen für das Anbieten von Funkmietwagen in Barcelona
- 08.06.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-407/21 UFC Que choisir + CLCV
Minderung bzw. Erstattung des Reisepreises wegen Covid-19-Pandemie
- 08.06.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-540/21 Kommission / Slowakei (Recht auf kostenfreien Rücktritt)
Erstattung annullierter Reisen während der Pandemie
- 08.06.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-49/22 Austrian Airlines (Repatriierungsflug)
Kosten für Repatriierungsflug zu Beginn der Covid-19-Pandemie
- 08.06.2023 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-457/21 P Kommission / Amazon.com u.a.
Staatliche Beihilfen – Tax Rulings
- 08.06.2023 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-218/22 Commune di Copertino
Urlaubsabgeltung bei Eigenkündigung im öffentlichen Dienst
- 08.06.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-178/22 Procura della Repubblica presso il Tribunale di Bolzano
Zugriff auf Verbindungsdaten zur Ermittlung von Straftaten
- 08.06.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-352/22 Generalstaatsanwaltschaft Hamm (Auslieferung eines Flüchtlings an die Türkei)
Auslieferung eines Flüchtlings an seinen Herkunftsstaat

- 12.06.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-520/21 Bank M (Konsequenzen bei der Nichtigkeitserklärung des Vertrags)
Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen
- 15.06.2023 Urteile des Gerichtshofs in den Rechtsmittelsachen C 499/21 P Silver u.a. /, C-501/21 P Shindler u.a. /, und C 502/21 P Price / Rat
Folgen des Brexit – Unionsbürgerschaft
- 15.06.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-411/22 Thermalhotel Fontana
Rückerstattung eines pandemiebedingten Verdienstsentgangs
- 15.06.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-755/21 P Kočner/ Europol
Schadensersatz bei Verstoß gegen Datenschutzregelungen
- 15.06.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-118/22 Direktor na Glavna direksia „Natsionalna politsia“ pri MVR - Sofia
Löschung einer polizeilichen Registrierung nach verbüßter Strafe
- 15.06.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-222/22 Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (Nachträgliche religiöse Bekehrung)
Selbst herbeigeführter Nachfluchtgrund
- 15.06.2023 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-330/22 Friends of the Irish Environment (Fangmöglichkeiten größer als null)
Fischfangquoten
- 15.06.2023 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-333/22 Ligue des droits humains (Überprüfung der Verarbeitung von Daten durch das Kontrollorgan)
Rechte der Betroffenen bei Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten durch die Strafverfolgungsbehörden
- 15.06.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-582/22 Die Länderbahn u.a.
Nachträgliche Überprüfung von Nutzungsentgelten für das DB-Eisenbahnnetz

EuG

- 06.06.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T 360/22 Berezkin / Rat
Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in der Ukraine
- 06.06.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T 237/22 Usmanov / Rat
Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in der Ukraine
- 06.06.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T 449/21 Natixis / Kommission
Kartell beim Handel mit europäischen Staatsanleihen
- 07.06.2023 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-141/21 Shakutin / Rat
Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in Belarus
- 07.06.2023 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-735/21 Aprile et Commerciale Italiana / EUIPO - DC Comics
Markenstreit um Fledermaus auf einem ovalen Hintergrund
- 08.06.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T 462/21 Portigon / Kommission
Kartell beim Handel mit europäischen Staatsanleihen
- 09.06.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T 441/21 UBS Groupe und UBS / Kommission
Kartell beim Handel mit europäischen Staatsanleihen
- 12.06.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T 305/22 Rashnikov / Rat
Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in der Ukraine
- 12.06.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T 453/21 UniCredit und UniCredit Bank / Kommission
Kartell beim Handel mit europäischen Staatsanleihen
- 13.06.2023 Fortsetzung der mündlichen Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-453/21 UniCredit und UniCredit Bank / Kommission
- 13.06.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-359/22 Zubitskiy / Rat
Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in der Ukraine

- 13.06.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T 455/21 Nomura International und Nomura Holdings / Kommission
Kartell beim Handel mit europäischen Staatsanleihen
- 14.06.2023 Fortsetzung der mündlichen Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-455/21 Nomura International und Nomura Holdings / Kommission
- 15.06.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T 406/21 Credit Swiss Group und Credit Suisse Securities / Kommission
SSA-Anleihen-Kartell
- 16.06.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T 386/21 Crédit Agricole und Crédit Agricole Corporate and Investment Bank / Kommission
SSA-Anleihen-Kartell

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 16.06.2023.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA